

Mesch, Michael

Article

Erwerbs- und Einkommenschancen im Kontext der intergenerationellen Einkommenspersistenz

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Mesch, Michael (2016) : Erwerbs- und Einkommenschancen im Kontext der intergenerationellen Einkommenspersistenz, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 42, Iss. 4, pp. 617-664

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332985>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Erwerbs- und Einkommenschancen im Kontext der intergenerationellen Einkommenspersistenz

Michael Mesch

1. Einleitung

Dieser Beitrag befasst sich mit der Bedeutung von Arbeitsmarktlagen und deren Veränderungen, konkret mit den Erwerbs- und Einkommenschancen, im Kontext der intergenerationellen Bildungs- und Einkommenspersistenz in Österreich.

Abschnitt 2 legt einige theoretische Ansätze für intergenerationelle Bildungspersistenz dar und fasst empirische Befunde für intergenerationelle Bildungs- und Einkommenspersistenz in Österreich sowie die persistenzverstärkenden Effekte von Vermögen, Vermögensübertragungen und Bildungshomogamie zusammen.

Im empirischen Teil beschäftigt sich Abschnitt 3 mit der Bedeutung von Arbeitsmarktlagen (hinsichtlich Arbeitskräftenachfrage, Erwerbsbeteiligung, Ausmaß der Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, jeweils differenziert nach Qualifikationsstufen) sowie den Veränderungen dieser Arbeitsmarktlagen auf die Einkommenspersistenz. Die genannten Arbeitsmarktlagen sind ja nicht konstitutiv für die Einkommenspersistenz, aber sie können diese verstärken oder abschwächen. Gleiches gilt für die Veränderungen der Arbeitsmarktlagen: Auch sie können zur Einkommenspersistenz beitragen oder sie verringern.

Der Abschnitt 4 schließlich wendet sich den Einkommenschancen und deren Veränderungen zu. Ein deutliches Lohngefälle zwischen Personen hoher Qualifikation und solchen geringer Qualifikation ist – gemeinsam mit intergenerationaler Bildungspersistenz – konstitutiv (d. h. notwendig und hinreichend) für intergenerationelle Einkommenspersistenz. Zunächst werden jeweils geschlechtsbezogen das Ausmaß dieses Lohngefälles zwischen den Qualifikationsstufen und das Ausmaß der Lohnunterschiede zwischen den Berufsgruppen innerhalb der einzelnen Qualifikationsstufen empirisch abgeklärt. Zuletzt wird der Frage nachgegangen, ob die Veränderung der Einkommenschancen, also die Veränderung der Einkommensungleichheit, zur intergenerationellen Einkommenspersistenz beigetragen oder diese gemildert hat.

2. Intergenerationelle soziale Mobilität bzw. Persistenz

2.1 Begriffe und Dimensionen

Intergenerationelle soziale Mobilität bezieht sich auf die Fähigkeit von Mitgliedern einer jüngeren Generation, im Vergleich zu ihren Eltern eine andere, (absolut oder relativ) höhere Position in Hinblick auf Bildung und Beruf, Einkommen und Vermögen einzunehmen. Diese generationenübergreifende Mobilität kann prinzipiell selbstverständlich sowohl nach oben als auch nach unten gerichtet sein. Intergenerationelle Bildungsmobilität erfolgt fast ausschließlich nach oben, denn sie ist eingebettet in die säkulare Tendenz zu höheren Bildungsabschlüssen. Entsprechendes gilt für die generationenübergreifende Mobilität zwischen den nach Qualifikationsvoraussetzungen geordneten Berufskategorien.

Hohe intergenerationelle soziale Persistenz bedeutet, dass der Bildungserfolg und die berufliche Position sowie der sozioökonomische Status bezüglich Einkommen und Vermögen der Kinder stark abhängig sind von jenen der Eltern.

Chancengleichheit würde bedeuten, dass Kinder mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund, aber ähnlichen persönlichen Talenten und ähnlichen bildungsbezogenen und beruflichen Präferenzen, die zu ähnlichen Bildungsanstrengungen bereit sind, gleiche oder ähnliche Chancen haben auf einen entsprechenden Bildungsabschluss. Geschwisterstudien¹ würden ergeben, dass Bildungsabschlüsse von Geschwistern relativ gering korrelieren.

Kapitel 2.2 bietet zunächst einen knappen Überblick bezüglich der empirischen Evidenz für intergenerationelle Bildungsmobilität bzw. -persistenz in Österreich und befasst sich dann kurz mit der Frage, ob Österreich innerhalb Europas zu den Ländern mit eher hoher Chancengleichheit und also hoher sozialer Mobilität zwischen den Generationen oder zu den Ländern mit hoher intergenerationeller sozialer Persistenz zählt.

Kapitel 2.3 fasst wichtige Elemente der theoretischen Erklärungsansätze von Pierre Bourdieu und James Coleman zur intergenerationellen Bildungspersistenz zusammen. Demgemäß erklären die unterschiedlichen Ausstattungen der Elternhäuser mit ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital in hohem Maße die Ungleichheit der Bildungserfolge von Kindern unterschiedlichen sozialen Hintergrunds. Öffentliche Bildungsinvestitionen können hier unter bestimmten Voraussetzungen kompensierend wirken.

2.2 Intergenerationelle Bildungsmobilität: empirische Befunde für Österreich im Überblick

Langfristig ist das Bildungsniveau, gemessen an der höchsten abgeschlossenen Ausbildung, in Österreich stark gestiegen, insbesondere seit den hohen öffentlichen Bildungsinvestitionen während der „Bildungsrevolution“ der 1960er- und 1970er-Jahre.²

Dennoch besteht weiterhin ausgeprägte intergenerationelle Bildungspersistenz fort: Das Bildungsniveau der Eltern bestimmt nach wie vor in hohem Maße das Bildungsniveau der Kinder. Anders ausgedrückt: Je höher das Bildungsniveau der Eltern ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass auch die Kinder eine höhere Bildung abschließen.³

Altzinger et al. (2013) belegen die hohe intergenerationelle Bildungspersistenz in Österreich auf der Grundlage einer Sonderbefragung im Rahmen der EU-SILC-Erhebung 2011. Befragt wurden dabei Personen im Alter zwischen 25 und 59 Jahren (also der Geburtsjahrgänge 1951 bis 1985) über ihre höchste abgeschlossene Bildung und jene der Eltern.

Kinder aus Akademikerelternhäusern erreichten im Durchschnitt zu 54% selbst auch einen Universitätsabschluss, und nur 4% der Kinder mit derartig bildungsaffinem Hintergrund wiesen einen Pflichtschulabschluss aus.⁴ Hingegen erreichten nur 6% der Kinder aus eher bildungsfernen Elternhäusern (maximal Pflichtschule) einen tertiären Bildungsabschluss, aber 30% dieser Kinder schlossen wie ihre Eltern nur die Pflichtschule ab.

Werden lediglich die Befragungsergebnisse der jüngeren Alterskohorte (Jahrgänge 1965 bis 1985) in Betracht gezogen, so zeigt sich, dass trotz des allgemeinen Bildungsanstiegs (Pflichtschulanteil nur noch 27% gegenüber 48% in der älteren Kohorte der Jahrgänge 1951 bis 1964, Hochschulanteil bereits 11% gegenüber 4%, Maturaanteil 11% gegenüber 7%) die Bildungspersistenz zwischen den Generationen innerhalb der vier nach ihrem Bildungsabschluss unterschiedenen Personengruppen aber jeweils fast unverändert blieb: Nach wie vor war die Wahrscheinlichkeit für Kinder, deren Eltern maximal eine Pflichtschule oder eine Lehre bzw. BMS absolviert hatten, einen tertiären Bildungsabschluss zu erreichen, äußerst gering.

Schneebaum et al. (2015) berücksichtigen in ihrer auf derselben Datengrundlage (EU-SILC 2011) beruhenden Untersuchung auch das Merkmal Geschlecht. Sie gelangen zu dem Ergebnis, dass die intergenerationelle Bildungspersistenz bei Töchtern noch höher ist als bei Söhnen. Mit anderen Worten, die Bildungsmobilität von Söhnen ist höher, und zwar möglicherweise deshalb, weil sie mehr materielle und immaterielle (v. a. Zeit der elterlichen Zuwendung für Bildungszwecke) Ressourcen für ihre Erziehung und Bildung erhalten. Töchter werden in hohem Maße von einer tertiären Ausbildung der Mutter begünstigt, ganz entsprechend der These der Vorbildfunktion.

Schneebaum et al. (2014) analysieren und vergleichen anhand von Daten aus dem „European Social Survey“ (ESS) 2010 die intergenerationale Bildungspersistenz in zwanzig europäischen Ländern.

Der erste Vergleichsindikator dieser Studie ist die relative Bildungsprämie der Nachkommen von hoch gebildeten Eltern (d. h. jenen mit tertiärem Bildungsabschluss: ISCED 5 oder 6) gegenüber Kindern von Eltern mit niedrigem Schulabschluss (d. h. Pflichtschulabschluss: ISCED 0-2), ausgedrückt in zusätzlichen Bildungsjahren relativ zur jeweiligen durchschnittlichen Bildungsdauer. Österreich liegt bezüglich dieses Indikators intergenerationaler Bildungsmobilität mit einem Wert von 0,3 in der Mitte der 20 europäischen Länder.⁵ Die niedrigsten Werte (jeweils signifikant unter 0,25), die mithin eine relativ hohe Bildungsmobilität zwischen den Generationen anzeigen, verzeichnen Dänemark, Norwegen und Schweden. Die diesbezüglichen Divergenzen unter den 20 europäischen Ländern sind enorm.

Der zweite Vergleichsindikator ist die intergenerationale Bildungskorrelation zwischen Eltern und ihren Nachkommen (= Respondenten) im erwerbsfähigen Alter (25 bis 65 Jahre). Für alle Eltern und alle Kinder, also jeweils unabhängig vom Geschlecht, und die Gesamtheit der 20 europäischen Länder beläuft sich diese intergenerationale Korrelation auf 0,486. D. h., nach Korrektur um Unterschiede in den generationsbezogenen Verteilungen der Bildungsabschlüsse ist ein Jahr zusätzliche Schulbildung der Eltern korreliert mit fast einem halben zusätzlichen Jahr der Schulbildung der Kinder.

Österreich liegt auch in Bezug auf diesen Indikator der Bildungspersistenz zwischen den Generationen im europäischen Mittelfeld: Der Korrelationskoeffizient für Österreich beträgt 0,485 und entspricht damit fast genau dem Wert für alle 20 Länder. Die Korrelationskoeffizienten aller vier nordeuropäischen Länder (DK, S, N, FIN) liegen unter 0,46.⁶

Die Berücksichtigung des Personenmerkmals Geschlecht bei der Berechnung der intergenerationalen Bildungskorrelationen fördert klare Evidenz für Unterschiede in der generationenübergreifenden Bildungspersistenz nach Geschlecht zutage. Der Bildungserfolg des Vaters ist wichtiger für den Bildungserfolg der Söhne als für jenen der Töchter (20-Länder-Korrelation von 0,331 gegenüber 0,259), und die Bildungspersistenz zwischen Müttern und Töchtern (0,290) ist höher als jene zwischen Müttern und Söhnen (0,185). Auch für Österreich gilt, dass die Bildungspersistenz zwischen Vätern und Söhnen (0,321) und zwischen Müttern und Töchtern (0,324) signifikant stärker ist als zwischen Vätern und Töchtern (0,277) und Müttern und Söhnen (0,160).⁷ Diese Resultate entsprechen den Erwartungen gemäß dem Modell der Sozialisation der Geschlechterrollen. Sie belegen, dass die Vorstellungen im Elternhaushalt über Geschlechterrollen wichtig sind für die Bildungswege und -erfolge der

Kinder: Söhne folgen in dieser Hinsicht eher den Vätern, Töchter eher den Müttern.

Um Aussagen über die längerfristigen Entwicklungstendenzen der intergenerationellen Bildungspersistenz treffen zu können, wurde die Analyse auf die Gesamtheit der Respondenten (= Nachkommen) im Alter zwischen 25 und 90 Jahren ausgeweitet. Ermittelt wird folglich der längerfristige Trend der intergenerationellen Bildungskorrelation zwischen Eltern und ihren Nachkommen im Alter zwischen 25 und 90 Jahren, und zwar für alle Eltern und alle Kinder, also jeweils unabhängig vom Geschlecht. Für die meisten der 20 untersuchten europäischen Länder ist eine über die Zeit abnehmende intergenerationelle Bildungspersistenz festzustellen, in einigen, bspw. in Deutschland und der Schweiz, bleibt sie konstant, und in wenigen Fällen ist eine Zunahme zu beobachten, am stärksten in Bulgarien. Österreich zählt zu den Ländern mit sinkender Bildungspersistenz zwischen den Generationen: Die intergenerationelle Bildungskorrelation verringert sich von über 0,6 bei den 80- bis 90-jährigen Respondenten auf 0,4 bei den 25- bis 30-jährigen Respondenten.⁸

2.3 Theorie: Erklärungsansätze für intergenerationelle Bildungspersistenz

Welche Faktoren sind für die beobachtete Bildungspersistenz zwischen den Generationen ausschlaggebend? Um diese Frage beantworten zu können, ist es zunächst notwendig, jene Einflüsse zu identifizieren, welche für den Bildungserfolg von Kindern wesentlich sind.

Der Bildungserfolg eines Kindes hängt – abgesehen von den ererbten Begabungen (die in allen sozialen Schichten relativ gleichartig unter den Individuen verteilt sind), von der individuellen Motivation und von den individuellen Bildungsanstrengungen – von den materiellen und immateriellen Ressourcen des Elternhauses und deren Qualität sowie den öffentlichen und privaten Bildungsinvestitionen und deren Qualität ab.⁹ Je nach sozialer Herkunft und sozioökonomischem Status verfügen Eltern über mehr oder weniger materielle und immaterielle Ressourcen unterschiedlicher Qualität – Bourdieu (1983) nennt diese Ressourcen „Kapitalien“ –, die sie für Erziehung und Bildung (im weiteren Sinne) ihrer Kinder einsetzen können. Bourdieu unterscheidet vier Kapitalsorten: ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital (siehe unten 2.3.1 bis 2.3.3).

Die neoklassischen Ansätze zur Erklärung von Bildungserfolgen sind die Humankapitaltheorien (moderne Schlüsselbeiträge von Theodore Schultz [1963] und Gary Becker [1964], beide anknüpfend an Überlegungen von Adam Smith [1776]). Diese fußen auf der These, dass Bildungsaktivitäten das Arbeitspotenzial von Erwerbspersonen so verändern, dass deren Arbeitsqualität und -leistung steigen (Produktivitätsthese). Weiters liegt den

Humankapitaltheorien die Hypothese zugrunde, wonach Bildungsaktivitäten Investitionen sind, die gegenwärtig Bildungskosten verursachen und zukünftig Bildungserträge und -nutzen abwerfen. Schließlich behaupten diese Humankapitaltheorien, die neoklassische Grenzproduktivitätstheorie aufgreifend, eine kausale Wirkungskette, die sich von Bildungsinvestitionen über bildungsbedingt höhere Arbeitsproduktivität zu höheren Arbeitseinkommen erstreckt. Bildungserfolge und demnach auch Lohnunterschiede erklären sich folglich neben unterschiedlichen geerbten Begabungen vor allem aus den unterschiedlichen individuellen Bildungsinvestitionen. Einbezogen werden dabei nur jene Investitionen, die sich in Geld ausdrücken oder direkt konvertieren lassen, wie Studienkosten und das finanzielle Äquivalent für die zum Studium verwendete Zeit.

Der Soziologe Pierre Bourdieu (1983, S. 185f) übt umfassende Kritik an den neoklassischen Humankapitaltheorien:

- Deren Investitionsbegriff ist viel zu eng, wodurch für die Bildungserfolge von Kindern wesentliche Einflussfaktoren und Zusammenhänge völlig außer Betracht bleiben.
- Die Bildungsinvestitionsstrategien werden nicht in einen Zusammenhang mit anderen Erziehungsstrategien und dem System der sozialen Reproduktionsstrategien gestellt. Daraus resultiert das Paradoxon, dass die Humankapitaltheorien die am besten verborgenen und sozial wirksamsten Bildungs- und Erziehungsinvestitionen unberücksichtigt lassen, nämlich die Weitergabe kulturellen Kapitals in der Familie.
- Die unterschiedliche Fähigkeit von Kindern, aus den Bildungsangeboten öffentlicher oder privater Schulen hohen Nutzen zu ziehen, ist also in hohem Maße durch den jeweiligen sozialen Hintergrund determiniert, konkret durch das Niveau und die Qualität der familiären Investitionen in kulturelles und soziales Kapital, welche wiederum stark vom Umfang des ökonomischen Kapitals der Familie abhängen.
- Der Beitrag des Erziehungs- und Bildungssystems zur Reproduktion der Sozialstruktur wird ignoriert.

2.3.1 Ressourcen des Elternhaushalts (1): ökonomisches Kapital

Zum ökonomischen Kapital zählt Bourdieu alle Formen des materiellen Besitzes, die in und mittels Geld getauscht werden können. Seine Institutionalisierung erfolgt in der Form des Eigentumsrechts. Das ökonomische Kapital eines Haushalts besteht folglich aus den laufenden Einkommen der Eltern und dem Vermögen, d. h. dem Finanzvermögen (Barvermögen, Spargbücher, Anleihen, Aktien etc.), dem Immobilienvermögen und gegebenenfalls dem Eigentum an Produktionsmitteln.

Altzinger et al. (2013) belegen den theoretisch vermuteten Zusammenhang zwischen ökonomischem Kapital der Eltern und dem Bildungserfolg

der Kinder anhand empirischer Befunde für Österreich aus dem EU-SILC-2011-Datenfundus. Die Untersuchung bestätigt den Zusammenhang zwischen dem finanziellen Auskommen im Elternhaus (mit 14 Jahren) und dem Bildungsniveau der Kinder, und zwar über alle Altersgrenzen und sowohl für Frauen als auch für Männer.¹⁰

2.3.2 Ressourcen des Elternhauses (2): kulturelles Kapital (Bildungskapital)

Bourdieu (1983, S. 185) unterscheidet drei Erscheinungsformen von kulturellem Kapital: objektiviertes, inkorporiertes und institutionalisiertes kulturelles Kapital.

1.) In seiner objektivierten Form besteht kulturelles Kapital aus Büchern, Lexika, Gemälden, Tonträger-Sammlungen, anderen Kunstwerken, digitalen Bildungsprogrammen, technischen Instrumenten usw. Die Ausstattung eines Haushalts mit objektiviertem kulturellem Kapital ist stark vom ökonomischen Kapital abhängig, über das dieser Haushalt verfügt.

Zahlreiche empirische Studien belegen den Zusammenhang zwischen der Ausstattung des elterlichen Haushalts mit Büchern und der Schulwahl der Kinder (für Österreich siehe Netter, Schweitzer und Völkerer [2008]), dem Bildungserfolg der Kinder bzw. dem Einkommen der Kinder.

Brunello, Weber und Weiss (2015) schätzen erstens den Zusammenhang zwischen der Zahl der Bücher im elterlichen Haushalt und den Testergebnissen von 8- bis 11-Jährigen bzw. 15-Jährigen bezüglich Lesen und Mathematik auf der Grundlage von PIRLS-, TIMSS- und PISA-Tests. Sie ermitteln einen statistisch signifikanten Konnex zwischen der Verfügbarkeit von Büchern und den kognitiven Leistungen, und dies auch bei Berücksichtigung der Ausbildung und des Berufs der Eltern.¹¹ Wie ist die Bedeutung von Büchern zu erklären? Die Verfügbarkeit von Büchern kann für Kinder einen Anreiz darstellen, mehr zu lesen, und gute Lesefähigkeiten können, und dies ist empirisch erhärtet, den Bildungserfolg positiv beeinflussen.

Doch ein derartiger Erklärungsversuch wird der Breite und der Komplexität der Wirkungszusammenhänge wohl nicht gerecht. Die Erklärung für den starken Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Büchern im Elternhaus und den kognitiven Leistungen der Kinder liegt vermutlich darin, dass Bücher (oder, allgemeiner formuliert: objektiviertes kulturelles Kapital), der Bildungsstand (bzw. das inkorporierte kulturelle Kapital) der Eltern und das soziale Kapital im Elternhaus (d. h. vor allem die Erziehungs- und Bildungszeit, welche Eltern mit ihren Kindern verbringen) – beides Merkmale der Eltern, die durch formale Bildungsabschlüsse und die Berufsausübung nicht adäquat gemessen werden können – komplementär sind und gemeinsam wichtige Voraussetzungen für die frühe Aneignung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten durch die Kinder sind.

Zweitens schätzen Brunello, Weber und Weiss (2015) den Effekt schulischer Ausbildung auf das Lebenseinkommen, wobei sie zwischen Personen, die in ihrer Kindheit in der Stadt bzw. auf dem Land (mit ebendort höheren Grenzkosten des täglichen Schulbesuchs) lebten, unterscheiden und zwischen Personen mit wenigen oder vielen Büchern im elterlichen Haushalt. Ihre Analyse stützt sich auf die Daten für neun europäische Länder (darunter auch Österreich) aus den drei Wellen des „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe“ (SHARE). Ihre Stichprobe besteht aus Männern der Geburtsjahrgänge 1920 bis 1956.

Die Studie führt zu dem Ergebnis, dass ein zusätzliches Schuljahr im Gefolge von Reformen des öffentlichen Schulwesens, die eine Verlängerung des verpflichtenden Schulbesuchs beinhalteten, das Lebenseinkommen im Durchschnitt um 9% erhöhte. Diese Bildungserträge variieren allerdings sehr stark je nach dem sozioökonomischen Hintergrund der Kinder im Alter von zehn Jahren und sind signifikant geringer für diejenigen mit nur wenigen Büchern (≤ 10) im Elternhaus in diesem Alter.

Diese rezente Untersuchung reiht sich ein in eine stetig länger werdende Liste derselben, welche die langfristigen Effekte der Erziehungs- und Bildungsbemühungen sowie die diesbezüglichen Ausstattung und Bedingungen im Elternhaus in den frühen Lebensjahren auf Bildungs-, Berufs- und Einkommenserfolg der Kinder belegen.¹² Diese Studien zeigen, dass sich sowohl bezüglich kognitiver als auch bezüglich nicht-kognitiver – sozialer – Fähigkeiten sehr früh Unterschiede zwischen Individuen und zwischen sozioökonomischen Gruppen auftun.¹³

2.) In inkorporiertem Zustand besteht kulturelles Kapital aus den Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten einer Person, also aus der „Bildung“ eines Individuums.¹⁴ Inkorporiertes kulturelles Kapital ist demnach an den Körper gebunden, bildet einen Teil der Persönlichkeit eines Individuums.

Erworben wird inkorporiertes kulturelles Kapital durch persönliche Bildungsanstrengungen. Diese Aneignung ist überaus zeitintensiv (Unterrichts- und Lernzeiten etc.). Die Zeit muss vom Investor persönlich investiert werden, Delegation ist ausgeschlossen. Die Einverleibung von inkorporiertem kulturellem Kapital erfolgt ab dem ersten Lebenstag im Zuge der familiären Primärerziehung eines Kindes. Die für den weiteren Bildungserfolg von Kindern außerordentlich wichtige Zeit der Sozialisation, Erziehung und Bildung in den ersten sechs Lebensjahren stellt mithin eine Schlüsselphase der Akkumulation von inkorporiertem kulturellem Kapital im Leben einer Person dar.

Inkorporiertes kulturelles Kapital ist jenes persönliche Merkmal, das die effektive Nutzung bzw. den Genuss von objektiviertem kulturellem Kapital erst ermöglicht.

Die soziale Herkunft, d. h. insbesondere die Erziehung in der Familie und

das Aufwachsen in einem bestimmten Milieu, bspw. die Gemeinschaft mit Gleichaltrigen aus einer sozialen Schicht, entscheiden mit darüber, ob das Erlernen entsprechender Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten leicht gemacht wird, etwa weil qualitativ hochwertiges objektiviertes kulturelles Kapital verfügbar ist, hoch gebildete Eltern und Verwandte viel Erziehungs- und Bildungszeit mit ihren Kindern verbringen und entsprechende Anreize verschiedenster Art geboten werden, oder schwer oder nahezu unmöglich gemacht wird.¹⁵

Die erfolgreiche Aneignung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten begünstigt den weiteren Aufbau von Wissen und die Verfeinerung und Erweiterung der Fähigkeiten und Fertigkeiten durch individuelle Bildungsanstrengungen („*skill begets skill*“, „*learning begets learning*“¹⁶). Die Verinnerlichung von inkorporiertem kulturellen Kapital hat also dynamische Auswirkungen. Diese Selbstverstärkungseffekte können allerdings in beide Richtungen wirken: Erfolge bzw. Misserfolge insbesondere in den ersten Lebensjahren beeinflussen stark den weiteren Verlauf der individuellen Lernkurven.¹⁷

3.) Institutionalisiert wird kulturelles Kapital in Form von Zeugnissen, Bildungsabschlüssen, damit verbundenen akademischen Titeln, Zertifikaten öffentlicher oder staatlich konzessionierter privater Bildungseinrichtungen. Durch Zertifikate etc. bestätigt und damit auch in institutionalisiertes kulturelles Kapital transformiert wird freilich zumeist nur ein kleiner Teil des von einer Person in den ersten fünfzehn bis dreißig Lebensjahren in der Familie, in den Bildungseinrichtungen, durch Selbststudium etc. inkorporiertes kulturelles Kapital.

Die entscheidende Bedeutung von institutionalisiertem kulturellem Kapital liegt darin, dass die Zulassung zu Berufsausbildungen und zur Ausübung von Berufen und somit die Möglichkeit, kulturelles Kapital in finanzielles Einkommen, d. h. ökonomisches Kapital, umzuwandeln, i. d. R. vom Vorliegen entsprechender Legitimationen, d. h. rechtlich garantierter Schul-, Hochschul-, Bildungs- bzw. Berufsabschlüsse abhängt.

2.3.3 Ressourcen des Elternhauses (3): soziales Kapital

Soziales Kapital ist laut Bourdieu das Netz der sozialen Beziehungen einer Person einschließlich der Mitgliedschaften in Vereinen etc. sowie die erworbene Kompetenz, diese Beziehungen aufrechtzuerhalten und sich diese nutzbar zu machen.¹⁸ Die Errichtung und Aufrechterhaltung dieses Beziehungsgeflechts sind zeitintensiv und aufwendig, d. h. mit der Verausgabung von ökonomischem Kapital verbunden. Soziales Kapital bedarf also der ständigen Reproduktion in Form unaufhörlicher Kommunikation, Kontakte und Austausche, ist somit das Ergebnis individueller oder kollektiver Investitionsstrategie, bleibt an soziale Beziehungen zwischen Indivi-

duen gebunden. Gewisse Sozialkapitalbeziehungen können institutionalisiert werden, bspw. durch die Mitgliedschaft in einem Verein etc.

Der Umfang des individuellen Sozialkapitals hängt gemäß Bourdieu (1983, S. 191) sowohl von der Ausdehnung des Netzes von Beziehungen ab als auch vom Umfang des ökonomischen, kulturellen und/oder symbolischen Kapitals ab, das diejenigen besitzen, mit denen die betreffende Person in Beziehung steht.

Die soziale Vernetzung erhöht die Chance, im Bedarfsfall Unterstützung zu erhalten, und dient v. a. dazu, die Chancen der Erhaltung und Vermehrung des ökonomischen und kulturellen Kapitals zu sichern.¹⁹ Der Ertrag von sozialem Kapital ist u. a. deshalb umso höher, je größer dieses Kapital selber ist (direkte und indirekte Netzwerkeffekte).

Nicht selten bildet ausgezeichnete persönliche Vernetzung die Voraussetzung für die Übernahme einer Führungsposition in einem Unternehmen oder in der Verwaltung. Die geringere Ausstattung mit Sozialkapital stellt eine Teilerklärung für das Vorhandensein der gläsernen Decke dar, an die hoch qualifizierte Frauen nach wie vor stoßen.

Coleman (1988) betont die Bedeutung des Sozialkapitals in der Familie. Dieses besteht aus der Zeit, die Eltern und Verwandte mit den Kindern zum Zweck der Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, Einstellungen (Wissensneugier, Entdeckungswillen, Motivation zum Lernen) sowie sozialen und ethischen Werten verbringen, der Qualität dieser zeitlichen Investitionen und dem damit verbundenen ökonomischen Aufwand (Opportunitätskosten, Kosten objektivierten kulturellen Kapitals etc.). Das soziale Kapital der Familie spielt eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der kognitiven und nicht-kognitiven (sozialen) Fähigkeiten der Kinder, ihren Bildungserfolg, ihren beruflichen Weg und den Einkommensverlauf.²⁰ Objektiviertes kulturelles Kapital im Elternhaus, inkorporiertes kulturelles Kapital der Eltern, ökonomisches Kapital des Elternhaushalts, der Habitus der Eltern und das soziale Kapital der Familie sind komplementär und verstärken einander wechselseitig.

Der Umfang und die Qualität der immateriellen Investitionen der Eltern in das kulturelle Kapital der Kinder ist, wie oben schon angerissen wurde, stark abhängig von Ausbildung, Einkommen und Vermögen der Eltern²¹ – anders ausgedrückt: abhängig von den kulturellen und ökonomischen Kapitalien der Eltern. Empirische Studien belegen die Beeinflussung der frühkindlichen Entwicklung von kognitiven und nicht-kognitiven Fähigkeiten, des Aufbaus des kulturellen und sozialen Kapitals und/oder der schulischen Leistungen des Kindes durch die Bildung der Eltern, den Beruf der Eltern, das Einkommen der Eltern und die Lernumgebung.²²

Der Beruf der Eltern ist deshalb von signifikanter Bedeutung für die Entwicklung der kognitiven Fähigkeiten der Kinder, weil die beruflichen Tätigkeiten den Intellekt der Eltern mitprägen und sich auf den Erziehungsstil

auswirken. Eltern, die einem Beruf nachgehen, der durch komplexe kognitive und interaktive Nichtroutinetätigkeiten geprägt ist, dabei ein hohes Ausmaß an Autonomie und Eigenverantwortung haben, üben demnach weniger Kontrolle über ihre Kinder aus und zeigen größere Verbundenheit und Wärme gegenüber ihren Kindern. Ein derartiger Erziehungsstil und die intensivere intellektuelle Beschäftigung mit den Kindern haben demzufolge einen positiven Einfluss auf kognitive Fähigkeiten, Selbstvertrauen und Motivation der Kinder.²³

Fassen wir ganz kurz die mittlerweile vielfach empirisch bestätigten Positionen von Bourdieu (1983) und Coleman (1988) zusammen: Die unterschiedlichen Ausstattungen der Elternhäuser mit kulturellen, ökonomischen und sozialen Kapitalien und der klassenspezifische Habitus der Eltern erklären in hohem Maße die Ungleichheit der Bildungserfolge von Kindern mit ähnlichen Begabungen und individuellen Bildungsanstrengungen, aber unterschiedlichem sozialen Hintergrund.

2.3.4 Öffentliche Bildungsinvestitionen

Öffentliche Bildungseinrichtungen können und sollen prinzipiell kompensierend gegenüber dem Mangel an ökonomischem und kulturellem Kapital in Haushalten aus bildungsfernen Schichten wirken und durch die mit ihren Bildungsinvestitionen verbundene Förderung der sozialen Mobilität die Chancengleichheit in einer Gesellschaft erhöhen. Voraussetzung für einen derartigen, die intergenerationelle Bildungsmobilität anhebenden Effekt ist freilich erstens, dass öffentliche Bildungs- und Erziehungsdienstleistungen unentgeltlich oder kostengünstig sind. Das können letztlich nur steuerfinanzierte öffentliche Schul- und Bildungssysteme bieten.

Zweitens sind Bildungsdienstleistungen adäquater Qualität erforderlich. Die Qualität von Bildungsdienstleistungen hängt von der Qualifikation der PädagogInnen und Lehrkräfte, von der Verfügbarkeit hochwertiger Arbeitsinputs (z. B. zwei Lehrkräfte in Klassen mit hohem Anteil nicht deutschsprachiger Kinder), von der materiellen Ausstattung und dem pädagogischen Konzept ab. Qualitativ hochwertige Bildungsdienstleistungen sind also kostspielig; derartige öffentliche Investitionen weisen aber eine hohe soziale Rendite auf.

* Vorschulische öffentliche Bildungs- und Erziehungseinrichtungen: Die Arbeiten von James Heckman (2011, 2012) und Heckman et al. (2013) weisen nach, dass die Akkumulation von kulturellem Kapital im Zuge der Primärerziehung in der Familie und im Zuge der vorschulischen Erziehung und Bildung in Kindergärten etc. maßgeblich den weiteren Bildungserfolg, die Berufslaufbahn und den Einkommensverlauf von Individuen prägen.

Altzinger et al. (2013) belegen auf der Grundlage der Daten aus der EU-SILC-Befragung 2011, dass eine positive Korrelation zwischen der Bil-

derung der Eltern und der Inanspruchnahme einer vorschulischen Betreuung der Befragten besteht: Je höher der Bildungsabschluss der Eltern war, desto größer war die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder einen Kindergarten bzw. eine Vorschule besuchten.²⁴

Weiters stellten die AutorInnen einen positiven Zusammenhang zwischen dem finanziellen Auskommen des Elternhauses (im Alter von 14 Jahren) und dem Vorschulbesuch der Befragten fest: Je günstiger die finanzielle Situation der Eltern war, desto höher war die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder eine vorschulische Einrichtung in Anspruch nahmen.²⁵

Die Daten zeigen aber auch einen langfristigen Anstieg der vorschulischen Partizipationsrate. Das Angebot an vorschulischen Betreuungsplätzen wurde in Österreich in den letzten fünfzig Jahren deutlich ausgeweitet.

Die kompensatorische Wirkung vorschulischer Dienstleistungen wäre aber noch größer, wenn es gelänge, die durchschnittliche Dauer des Vorschulbesuchs anzuheben, insbesondere die Partizipationsrate und die Verweildauer von Kindern aus bildungsfernen Schichten zu erhöhen sowie gerade im Hinblick auf die Betreuung von letzteren die Qualität der vorschulischen Erziehungs- und Bildungsdienstleistungen weiter zu verbessern.

Die Resultate bezüglich des Zusammenhangs zwischen dem Vorschulbesuch und den weiteren Bildungserfolgen belegen nachdrücklich, dass die Ausdifferenzierung der Bildungsverläufe bereits sehr früh, nämlich schon im Kindergartenalter, beginnt und sich verstärkt im Schulsystem fortsetzt, mit entsprechenden Konsequenzen für die beruflichen Laufbahnen und die Einkommenserfolge: Die Wahrscheinlichkeit, eine AHS zu besuchen, ist bei Kindern mit Vorschulbesuch mehr als doppelt so hoch wie bei Kindern ohne Vorschulbesuch.²⁶ Und Personen mit Vorschulbesuch weisen in allen Alterskohorten und unabhängig vom Geschlecht signifikant höhere Bildungsniveaus auf.²⁷

Der zweite Grund, warum das öffentliche Schulsystem in Österreich nicht die erwünschte kompensatorische Wirkung für Kinder aus bildungsfernen Schichten hat, ist die frühzeitige Trennung der Schullaufbahnen.²⁸ Im Gegensatz etwa zu den nordeuropäischen Ländern, wo eine gemeinsame Schulbildung bis zum 15. Lebensjahr erfolgt, scheiden sich in Österreich die Bildungswege bereits im Alter von zehn Jahren. Diese Schulwahl zu Beginn der Unterstufe, d. h. die Entscheidung zwischen über den Besuch einer Hauptschule oder AHS, beeinflusst den weiteren individuellen Bildungsverlauf sehr stark, insbesondere in urbanen Regionen.

Ebenso wie die Entscheidungen über einen (längeren) Vorschulbesuch spiegeln die Entscheidungen über den Unterstufen-Schultyp (und später jene über den möglichen Besuch einer AHS-Oberstufe bzw. einer BHS und jene über die Aufnahme eines Hochschulstudiums) den klassenspezifischen Zugang zum Schulsystem wider.²⁹ Die objektiven Chancen für den

Besuch einer AHS-Unterstufe bzw. für den Besuch von höheren Schulen und Hochschulen überhaupt sind eng verbunden mit den subjektiven Chancen. Für Kinder aus bildungsfernen Schichten stellt der Besuch einer AHS-Unterstufe (und später einer Oberstufe einer höheren Schule bzw. Hochschule) keine selbstverständliche Option dar, ganz im Gegensatz zu Kindern aus bildungsaffinen Schichten. Es findet daher in gewissem Maße eine Selbsteliminierung der unteren Schichten und der bildungsfernen Schichten aus der AHS-Unterstufe (sowie aus den Oberstufen von höheren Schulen und aus Hochschulen) statt. Diese Selbsteliminierung reproduziert also die geringen objektiven Erfolgschancen der Kinder aus bildungsfernen Schichten, die (unbewusst) als Orientierungspunkte für die subjektiven Erwartungen und schließlich die Entscheidungen über den Bildungsweg dienen.³⁰

Altzinger (2015) stellt die Leistungsunterschiede zwischen 15- bis 16-Jährigen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaft nach familiärem Hintergrund gemäß PISA 2012 jenen zwischen 9- bis 10-Jährigen laut PIRLS & TIMSS 2011 in Österreich gegenüber. Die Ergebnisse der PISA-Studie für die 15- und 16-Jährigen zeigen, dass sich die Schülerleistungen in allen drei Fächern in Abhängigkeit vom höchsten Bildungsabschluss der Eltern erheblich und signifikant unterscheiden. Beispielsweise liegt die Lesekompetenz der Kinder von Eltern mit tertiärem Bildungsabschluss um durchschnittlich 25% über jener der Kinder von Eltern mit Pflichtschulabschluss. Auch die PIRLS & TIMSS-Ergebnisse für die 9- und 10-Jährigen zeigen diese Korrelation zwischen der Bildung der Eltern und den Kompetenzen der Kinder in allen drei Fächern. Im gegebenen Zusammenhang von besonderem Interesse ist, dass die Leistungsunterschiede nach familiärem Hintergrund bei den 15- bis 16-Jährigen (24% bis 27% je nach Fach) größer sind als bei den 9- bis 10-Jährigen (17% bis 21% je nach Fach).³¹ Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass sich die am Ende der Volksschule bereits bestehenden, deutlichen Leistungsdiskrepanzen nach der sozialen Herkunft der Kinder in der Unterstufe weiter verstärken. Ein wichtiger Grund hierfür ist in der frühzeitigen Trennung, d. h. bereits im Alter von zehn Jahren, der Schullaufbahnen zu sehen, also im Fehlen (bzw. der geringen quantitativen Bedeutung) der gemeinsamen Schulbildung in der Unterstufe.

Ein einheitliches Schulsystem bis ins Alter von fünfzehn Jahren wäre der intergenerationellen Bildungsmobilität förderlich, da auf diese Weise die frühzeitige Segregation von Bildungsverläufen vermieden werden könnte.

Die einschlägigen Ergebnisse für die nordeuropäischen Länder zeigen, dass das öffentliche Bildungssystem die intergenerationelle Bildungsmobilität stark beeinflussen kann. Die öffentlichen Bildungseinrichtungen in Österreich können eine kompensierende Wirkung zugunsten von Kindern aus bildungsfernen Schichten allerdings nur dann entfalten, wenn deren

derzeitige doppelte Benachteiligung³² zur Kenntnis genommen wird und entsprechende korrigierende Maßnahmen getroffen werden.

Diese doppelte Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Schichten resultiert aus:

1.) der je nach sozialem Hintergrund unterschiedlichen Ausstattung der Elternhaushalte mit Kapitalien.

2.) der Ideologie der Begabung in der Schule. Sie propagiert, so Bourdieu und Passeron (1971, S. 222), die Vorstellung, dass Bildungserfolg lediglich von geerbter Begabung und von individuellen Bildungsanstrengungen abhängig sei. Diese Ideologie verschleiert also die Bedeutung des familiären Hintergrunds für den Bildungserfolg, insbesondere die unterschiedliche Ausstattung mit Kapitalien und die Rolle des Klassenhabitus als Grundlage schulischen Lernens, verdeckt somit die ungleichen Kompetenzniveaus und Bildungschancen bereits zum Zeitpunkt des Eintritts in die Vorschule bzw. Volksschule. In ideologisch derartig verfassten Schulen wird der Code der Wissensvermittlung bei allen SchülerInnen stillschweigend vorausgesetzt, werden von Kindern aus bildungsfernen Schichten Akkulturationsleistungen gefordert, und das ohne Unterstützung. Darin besteht ganz konkret die zweite Benachteiligung dieser Kinder.

2.4 Intergenerationelle Einkommensmobilität

2.4.1 Empirie

Für Österreich sind im Unterschied zu einigen anderen Ländern keine verknüpften Einkommensdaten für zwei Generationen verfügbar, sondern nur zwei Module der EU-SILC-Erhebung (2005 und 2011). Der EU-SILC-2011-Datensatz für Österreich erlaubt es Altzinger et al. (2013), die sozio-ökonomische Situation im Elternhaushalt der Befragten im Alter von 14 Jahren und das aktuelle Nettoeinkommen der befragten ArbeitnehmerInnen und Selbstständigen in Zusammenhang zu bringen. Sowohl für Männer als auch für Frauen zeigt sich in beiden Alterskohorten (25- bis 44-Jährige, 45- bis 59-Jährige) eine starke, positive Korrelation zwischen beiden Indikatoren: Je besser das Auskommen mit dem Netto-Haushaltseinkommen im Elternhaushalt war, desto höher ist das aktuelle Nettoeinkommen. Die beiden (altersgruppenbezogenen) Einkommenshierarchien der Männer nach dem finanziellen Auskommen im jeweiligen Elternhaushalt sind viel deutlicher ausgeprägt als jene der Frauen. Während sich die Einkommenshierarchien der beiden Alterskohorten der Frauen nicht stark unterscheiden, ist die der 45- bis 59-jährigen Männer wesentlich steiler als jene der 25- bis 44-jährigen.³³

Schnetzer und Altzinger (2013) untersuchen auf der Grundlage der Daten der EU-SILC-Befragung 2005 den Zusammenhang zwischen dem finanziellen Auskommen im Elternhaus der Befragten im Alter von 14 Jah-

ren (als Proxy für das Einkommen der Eltern) und dem aktuellen Bruttostundenlohn der unselbstständig und ganzjährig beschäftigten Befragten im Jahr 2004 in Österreich und einigen ausgewählten Mitgliedstaaten der EU, und zwar mittels deskriptivstatistischer und mittels ökonomischer Methoden.

Schon mittels deskriptivstatistischer Maßzahlen lässt sich für Österreich eine positive Korrelation zwischen der finanziellen Situation im Elternhaushalt und dem aktuellen Einkommen der unselbstständig Beschäftigten feststellen, und dies sowohl für Frauen als auch für Männer.³⁴

Der Vergleich der Spearman'schen Rangkorrelationskoeffizienten zwischen der Einkommenssituation im Elternhaushalt und den aktuellen (logarithmierten) Einkommen der Nachkommen für acht EU-Länder (A, F, N, S, E, I, GB, IRL) ergibt, dass der positive Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Auskommen im Elternhaushalt und dem aktuellen Einkommen der ganzjährig unselbstständig Beschäftigten in Österreich überdurchschnittlich stark ist und dass diese Korrelation in der gegebenen Ländergruppe nur in Spanien noch (deutlich) höher ist. Die skandinavischen Länder Norwegen und Schweden zeigen erwartungsgemäß die geringsten Werte intergenerationaler Einkommenskorrelation.³⁵

Die einfache OLS-Regression, bei der Alter und Geschlecht kontrolliert werden, bestätigt den positiven Zusammenhang zwischen dem finanziellen Auskommen im Elternhaus und dem aktuellen Bruttostundenlohn der ganzjährig unselbstständig Beschäftigten für jedes der acht Länder. Österreich weist bei dieser Analyse die höchsten Koeffizienten auf, die intergenerationale Lohnmobilität ist also sogar noch geringer als in den beiden südeuropäischen Ländern Italien und Spanien.³⁶ In Österreich beträgt der Einkommensvorteil von Nachkommen mit „sehr gutem“ finanziellen Auskommen im Elternhaus rund 44% gegenüber den Nachkommen mit „sehr schlechtem“ finanziellen Auskommen in der Familie im Alter von 14 Jahren.³⁷

Schnitzer und Altzinger (2013) überprüfen schließlich auch die Möglichkeit, dass die Effekte der finanziellen Situation im Elternhaus nichtlinear sind, und zwar mittels Quantilregression. Es ergibt sich tatsächlich, dass die Effekte intergenerationaler Einkommenspersistenz überwiegend nichtlinear sind, mit Ausnahme der beiden nordeuropäischen Länder. Insbesondere für Nachkommen in den oberen Lohnsegmenten (Q75, Q90) sind die Auswirkungen der finanziellen Situation der Eltern stärker als in den beiden unteren Lohnsegmenten (Q10, Q25).³⁸

Die Bedeutung des finanziellen Hintergrunds nimmt ab, wenn die höchste abgeschlossene Schulbildung der Eltern und der Beruf der Eltern kontrolliert werden. Dieses Ergebnis bestätigt, dass Ausbildung und Beruf ein wichtiger Kanal der intergenerationalen Übertragung von Einkommensvorteilen sind.

2.4.2 Einkommen und Vermögensübertragungen

Westermeier et al. (2016) untersuchen anhand von Daten aus der ersten Welle des EHFCS aus 2010 die Rolle von Vermögensübertragungen, also Erbschaften und Schenkungen, für die Vermögensposition der Haushalte in acht EU-Ländern (A, West-D, F, B, E, P, GR, CY). Aus erhebungstechnischen Gründen werden nur die drei wichtigsten Erbschaften und Schenkungen, die von außerhalb eines Haushalts empfangen wurden, sowie die Form des Erwerbs des Hauptwohnsitzes erhoben. Damit wird das tatsächliche Erbvolument deutlich unterschätzt. Der Anteil der Haushalte, die zum Erhebungszeitpunkt bereits eine Erbschaft oder Schenkung von außerhalb erhalten haben, beträgt in Österreich 35,7% und in Westdeutschland 38,1%, in den südeuropäischen Ländern ist er deutlich niedriger (P 26,7%, E 30,1%).³⁹

In ihrer deskriptiven Betrachtung analysieren die AutorInnen auch den Zusammenhang zwischen dem aktuellen Haushaltsbruttoeinkommen und erstens dem Bezug sowie zweitens der Höhe von Vermögenstransfers.

Für die vier mitteleuropäischen Länder Österreich, Westdeutschland, Frankreich und Belgien ergibt sich eine markante positive Korrelation zwischen Einkommenshöhe und Erhalt einer Vermögensübertragung (unabhängig von deren Höhe): Mit zunehmendem Haushaltseinkommen steigt auch die Wahrscheinlichkeit, eine Erbschaft oder Schenkung zu erhalten, und zwar in Österreich, Westdeutschland und Frankreich von Einkommensquintil zu Einkommensquintil. In Österreich haben 26,2% der Haushalte im untersten Einkommensquintil eine Vermögensübertragung bezogen, im mittleren Quintil 34,3% und im obersten Quintil 50,3%.⁴⁰ Haushalte des einkommenstärksten Fünftels haben in Österreich – ebenso wie in Westdeutschland – also doppelt so häufig eine Erbschaft oder Schenkung erhalten wie Haushalte des einkommensschwächsten Fünftels. In den südeuropäischen Ländern zeigen sich hingegen nur geringe Unterschiede nach Einkommensgruppen.

Unter allen österreichischen Haushalten, die bereits einen Vermögenstransfer erhalten haben, besteht eine stark positive Korrelation zwischen dem aktuellen Bruttohaushaltseinkommen und der Höhe der erhaltenen Vermögensübertragung (Gegenwartswert der Erbschaften und Schenkungen in Preisen von 2010, kapitalisiert mit 3%, gedeckelt bei 100% des Nettovermögens der Haushalte). Mit zunehmendem Haushaltseinkommen steigt auch die Höhe der bezogenen Erbschaften und Schenkungen. In Österreich beträgt die durchschnittliche Höhe des Vermögenstransfers pro Haushalt 230.000 €, und der Median beläuft sich auf 110.000 €. Haushalte des untersten Einkommensquintils haben durchschnittlich einen Vermögenstransfer von 119.000 € erhalten, im mittleren Quintil 205.000 € und im obersten Quintil 361.000 €. ⁴¹ Haushalte des einkommensstärksten

Fünftels haben also einen etwa dreimal so hohen Vermögenstransfer bezogen wie Haushalte des einkommensschwächsten Fünftels. Ein positiver Zusammenhang zwischen dem Haushaltseinkommen und der Höhe der Vermögensübertragung besteht nicht nur für Österreich, sondern für alle acht einbezogenen EU-Länder. Einkommensstarke Haushalte sind also in der Lage, Vermögen sowohl aus ihrem regulären Einkommen als auch durch Erbschaften und Schenkungen aufzubauen.

Die Studie von Westermeier et al. (2016) belegt, dass Vermögenstransfers in Form von Schenkungen und Erbschaften in deutlich höherem Maße – sowohl was die Wahrscheinlichkeit einer Vermögensübertragung als auch was die Höhe des Transfers betrifft – einkommensstarken Haushalten zugutekommen und somit die ökonomische Ungleichheit und die intergenerationelle Einkommens- und Vermögenspersistenz verstärken. (Zum relativen Beitrag von Erbschaften – im Vergleich zu Einkommen – zum Vermögensaufbau siehe Fessler, Schütz [2015] sowie Humer, Moser, Schnetzer [2016].)

2.4.3 Einkommen und Vermögen

Die Teilnehmenden am „Eurosystem Household Finance and Consumption Network“ haben anhand der Daten aus der ersten Welle des EHFCS den Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Vermögenshöhe der Haushalte untersucht. Die Resultate dieser Untersuchung sind im Rahmen der „Statistics Paper Series“ der Europäischen Zentralbank (European Central Bank [2013]) veröffentlicht worden.

Der Median des Bruttohaushaltseinkommens betrug 2010 in Österreich 32.300 € (D 32.500 €, Eurozone 28.600 €), und das durchschnittliche Bruttohaushaltseinkommen belief sich auf 43.900 € (D 43.500 €, Eurozone 37.800 €).⁴² Der Median des Nettohaushaltsvermögens lag 2010 in Österreich bei 76.400 € (D 51.400 €, Eurozone 109.200 €), der Wert des durchschnittlichen Nettohaushaltsvermögens betrug 265.000 € (D 195.200 €, Eurozone 230.800 €).⁴³

Österreich hatte mit einem Median-Bruttohaushaltseinkommen von 32.300 € eines der höchsten Einkommensniveaus in der Eurozone. Es lag deutlich über dem Medianeinkommen der gesamten Eurozone. Die Auswertung der Einkommens- und Vermögensdaten aus der ersten Welle des EHFCS zeigt, dass es in Österreich einen sehr engen Zusammenhang zwischen der Höhe des aktuellen Bruttohaushaltseinkommens und jener des Haushaltsnettovermögens gibt. Das unterste Quintil der österreichischen Haushalte in der Nettovermögensverteilung wies ein Median-Bruttoeinkommen von nur 18.300 € auf, das zweite Quintil 26.900 €, das mittlere Quintil 32.300 €, das vierte Quintil 38.700 €, das neunte Dezil der nach dem Median-Nettohaushaltsvermögen gereihten Haushalte 55.900 € und

das oberste Dezil 61.100 €. ⁴⁴ Haushalte mit hohem (geringem) Vermögen sind also auch jene mit hohem (niedrigem) Einkommen.

Da größere Vermögen tendenziell auch höhere Ertragsraten erzielen als kleinere Vermögen und Haushalte, die kein Nettovermögen oder ein negatives Nettovermögen aufweisen, keine laufenden Einkommen aus Vermögen haben bzw. ihre Schulden bedienen müssen, ergibt sich aus der stark positiven Korrelation zwischen Bruttohaushaltseinkommen und Nettohaushaltsvermögen eine Verstärkung der intergenerationellen Einkommenspersistenz. Einkommen und Vermögen (sowie Vermögensübertragung) wirken kumulativ: Haushalte mit hohem Einkommen (und hoher Vermögensübertragung) können leichter Vermögen aufbauen, und aus hohen Vermögen fließen den betreffenden Haushalten entsprechende Vermögenserträge zu, bilden also einen Teil des Haushaltseinkommens.

Die Ergebnisse von Sierminska und Medgyesi (2013, S. 28ff) bezüglich der Konzentration der verschiedenen Komponenten des Bruttohaushaltseinkommens gemäß EHFCS bzw. EU-SILC passen ins Bild: Kapitaleinkommen (Mieteinkommen, Investitionseinkommen) sind viel stärker konzentriert als Arbeitseinkommen, Pensionen, Transfers und Einkommen aus selbstständiger Beschäftigung in Einpersonunternehmen.

2.4.4 PartnerInnenwahl – Bildungshomogamie

Beeinflusst werden könnte die intergenerationelle Bildungs- und Einkommenspersistenz ferner durch die PartnerInnenwahl. Dies wäre dann der Fall, wenn bei der PartnerInnenwahl eine starke Neigung zu Bildungshomogamie besteht. Bildungshomogamie bedeutet, dass PartnerInnen mit einem gleichen oder ähnlichen Bildungsniveau bevorzugt werden.

Die Untersuchung von Augustin, Hollan und Schneebaum (2015), die auf den 2010 von der OeNB für Österreich (im Auftrag der EZB) erhobenen Daten im Rahmen des EHFCS beruht, belegt ein hohes Ausmaß an Bildungshomogamie. Infolge der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen und des sehr rasch gestiegenen Bildungsniveaus von Frauen hat Bildungshomogamie im Zeitablauf an Bedeutung gewonnen.

Die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Bildungshomogamie und Vermögensverteilung zeigt deutlich, dass Bildungshomogamie einer der Faktoren ist, der die Zunahme der Vermögensungleichheit in Österreich befördert hat.

2.5 Zum Zusammenhang zwischen Bildung und Arbeitseinkommen

Häufig wird als Ausgangspunkt für die Diskussion des Zusammenhangs zwischen Bildung und Arbeitseinkommen und als Grundlage für einschlägige empirische Untersuchungen die auf der Humankapitaltheorie beruhende Mincer-Lohnfunktion herangezogen.⁴⁵

$$\ln y = \alpha + \beta S + \gamma \text{Exp} + \delta \text{Exp} + \varepsilon$$

mit: y Lohnsatz, S Schulbildung in Jahren, Exp (potenzielle) Arbeitserfahrung, ε Störterm (enthält u. a. nicht beobachtbare individuelle Fähigkeiten).

Beim Grundmodell der Mincer-Lohnfunktion handelt es sich um eine einfache regressionsanalytische Schätzfunktion für den Zusammenhang zwischen Bildung und Arbeitseinkommen: abhängige Variable ist der logarithmierte Lohn,⁴⁶ die erklärenden Variablen sind Schulbildungsjahre und die (potenzielle) Berufserfahrung zum Quadrat. Die potenzielle Berufserfahrung (im Gegensatz zur tatsächlichen) wird ermittelt, indem das Lebensalter beim höchsten Schulabschluss vom aktuellen Lebensalter abgezogen wird. Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit, Geburt, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Krankheit usw. bleiben somit unberücksichtigt. Die Quadrierung der potenziellen Berufserfahrung erfolgt, um der Entwertung des Humankapitals durch Alterung einerseits und technischen Fortschritt, Marktänderungen etc. andererseits Rechnung zu tragen. Der Störterm bildet unbeobachtete und schwer messbare Faktoren wie Einsatzbereitschaft, Motivation, Intelligenz sowie physisches und psychisches Leistungsvermögen ab, die neben den erklärenden Variablen den Lohnsatz ebenfalls beeinflussen.⁴⁷ Direkte Kosten der Ausbildung wie Ausgaben für Lehrmittel und Studiengebühren und Opportunitätskosten (entgangenes Einkommen während der Studienzeit) berücksichtigt die Mincer-Funktion nicht.

Tatsächlich wird das Arbeitseinkommen nicht nur von den Schulbildungsjahren und von der potenziellen Berufserfahrung (sowie den unbeobachtbaren individuellen Fähigkeiten) bestimmt. Welches Arbeitseinkommen Personen mit einem bestimmten Schulbildungsgrad (und bestimmter potenzieller Berufserfahrung) erreichen, hängt von einer Vielzahl intervenierender Faktoren ab, die in der Mincer-Funktion nicht abgebildet werden:

- Arbeitskräftenachfrage,
- Erwerbsbeteiligung (Erwerbstätigenquote, Arbeitslosenquote),
- Ausmaß der Erwerbstätigkeit (Teilzeitquote, Anteil der geringfügigen Beschäftigung),
- Beruf,
- Führungsposition,
- Branche,
- Geschlecht.

Die folgenden empirischen Abschnitte 3 und 4 befassen sich mit diesen Arbeitsmarktlagen hinsichtlich Arbeitskräftenachfrage, Erwerbsbeteiligung sowie Ausmaß der Erwerbstätigkeit und den weiteren genannten Einflussfaktoren, ihrem Zusammenwirken und insbesondere den Auswirkungen der nach den Qualifikationsstufen differenzierten Arbeitsmarktlagen und deren Veränderungen auf die intergenerationelle Einkommenspersistenz.

Diese Arbeitsmarktlagen und deren Veränderungen sind, der postkeynesianischen Theorie⁴⁸ folgend, v. a. als Folge der Bedingungen und Veränderungen auf den Produktmärkten zu sehen (unfreiwillige Arbeitslosigkeit entsteht aufgrund von unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage), werden aber zudem von den Machtrelationen in den einzelnen Arbeitsmarktsegmenten und von Arbeitsmarktinstitutionen (bspw. der gesetzlichen Ermöglichung atypischer Beschäftigungsformen: geringfügige Beschäftigung 1955, Leiharbeit 1969/1988, Freie Dienstverhältnisse 1996), wobei letztere wiederum das Resultat früherer Machtrelationen sind. Hinzu kommen schließlich die Auswirkungen arbeitsangebotsseitiger Wirkungsfaktoren wie Zuwanderung (von Personen überwiegend geringer/mittlerer/hocher Qualifikation).

3. Erwerbsbeteiligung nach Bildungsstufen

3.1 Längerfristige Verschiebungen der Berufsstruktur der Beschäftigung

Die Kapitel 3.1 und 3.2 beschäftigen sich mit der mittel- und längerfristigen Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften unterschiedlicher Qualifikation. Die Veränderungen der Nachfrage nach Arbeitskräften einer bestimmten Qualifikationsstufe beeinflusst direkt die Erwerbschancen (Erwerbstätigenquote, Arbeitslosenquote) der betreffenden Personen und deren Chancen hinsichtlich des Ausmaßes der Erwerbstätigkeit (Vollzeit-, Teilzeit-, geringfügige Beschäftigung) und indirekt (u. a. über die Machtrelationen) deren Einkommenschancen.

Mesch (2015) zeigt, dass längerfristig, nämlich seit Anfang der 1990er-Jahre, also in jenen Dekaden, in denen sich die modernen IKT in Österreich als Universaltechniken durchsetzten, die berufliche Struktur der Erwerbspersonengesamtheit (unter Ausschluss der geringfügig Beschäftigten) sich in erheblichem Maße zugunsten der hoch qualifizierten Angestelltenberufe auf Matura- oder Universitätsniveau (Akademische Berufe, Technische und nichttechnische Fachkräfte, Führungskräfte) verschob. Im Segment der mittel qualifizierten Berufe, deren Ausübung einen Lehr- oder BMS-Abschluss voraussetzt, fielen die Entwicklungstendenzen unterschiedlich aus: Während sich der Anteil der mittel qualifizierten Angestelltenberufe leicht erhöhte, verringerte sich der Anteil der mittel qualifizierten Fertigungsberufe sehr stark und jener der Landwirtschaftlichen Fachkräfte gering. Und auch der Anteil der Hilfsarbeitskräfte sank deutlich.⁴⁹ Die Veränderungen der Struktur der Arbeitskräftenachfrage begünstigten somit auch in den unmittelbar zurückliegenden Dekaden – so wie im gesamten Zeitraum seit dem späten 19. Jahrhundert – die höher und hoch Qualifizierten.

Den besten Erklärungsansatz dafür bietet die Routinisierungsthese (Autor et al. [2003]).⁵⁰ Dergemäß verschiebt sich infolge des technischen und organisatorischen Wandels die Berufsstruktur zugunsten von hoch qualifizierten Angestelltenberufen, deren Tätigkeitsprofile vor allem analytische Nichtroutinetätigkeiten umfassen. Im Bereich der mittel und gering qualifizierten Berufe führt technischer und organisatorischer Fortschritt zu unterschiedlichen Beschäftigungsentwicklungen, je nachdem, ob Routine- oder Nichtroutinetätigkeiten überwiegen.

Für die Polarisierungsthese, die besagt, dass sich die Beschäftigung in dienstleistungsorientierten Berufsgruppen tendenziell polarisiere, hohen Zuwächsen in Berufsfeldern mit hohen Qualifikationsanforderungen auch hohe Zuwächse in wenig anspruchsvollen Dienstleistungsberufen gegenüberstünden,⁵¹ findet sich in den Daten für Österreich keine Evidenz.

Die obigen Berufsstrukturverschiebungen in Österreich resultierten allerdings nicht nur aus dem Strukturwandel innerhalb der einzelnen Branchen (Berufsstruktureffekte etc.), sondern teilweise auch aus Branchenstruktureffekten.

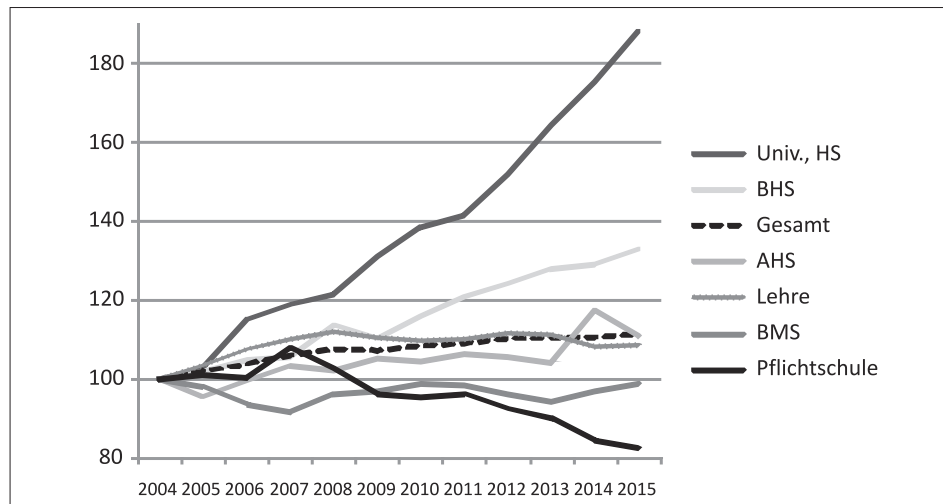
3.2 Mittelfristige Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen nach höchster abgeschlossener Schulbildung

Wenden wir uns nun der kurzfristigen (d. h. seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09) und der mittelfristigen Entwicklung (seit 2004) der Nachfrage nach Arbeitskräften unterschiedlicher Qualifikationen zu, in diesem Kapitel gemessen anhand der höchsten abgeschlossenen Schulbildung (gemäß nationaler Klassifikation). Als Indikator der kurz- und mittelfristigen Veränderung der Arbeitskräftenachfrage wird hier – im Gegensatz zu obigem Kapitel über die längerfristigen Verschiebungen in der Berufsstruktur der Beschäftigung – die prozentuelle Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen herangezogen.

Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen (Selbstständige und Mithelfende, unselbstständig Erwerbstätige) stieg gemäß MZ-AKE von 3,65 Mio. 2004 auf 4,07 Mio. 2015.⁵² In der schweren Rezession 2009 ging die Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahr leicht zurück, erhöhte sich aber schon 2010 wieder über das Niveau von 2008. Ein großer Teil des Zuwachses in diesem Gesamtzeitraum entfiel freilich auf Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte. Vergleicht man das Beschäftigungsniveau in der Halbdekade 2011-15 mit jenem im unmittelbaren Vorkrisenjahr fünf 2004-08, so ergibt sich eine Zunahme der Erwerbstätigenzahl von 3,79 Mio. um 6,3% auf 4,03 Mio.

In dem betrachteten Zeitraum von nur zwölf Jahren lässt sich eine insgesamt sehr starke Verschiebung der Arbeitskräftenachfrage zugunsten von höheren (AHS, BHS) und hohen Qualifikationen (Universität, HS) konsta-

Abbildung 1: Prozentuelle Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen nach höchster abgeschlossener Schulbildung 2004-2015 (Basis 2004 = 100)



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Eigene Berechnungen auf dieser Grundlage.

Erwerbstätige (gemäß ILO-Konzept) ab 15 Jahren mit Wohnsitz in Österreich.

tieren. Einer rückläufigen Nachfrage nach gering Qualifizierten und einer nur leicht zunehmenden Nachfrage nach mittel qualifizierten Erwerbstätigen steht eine deutlich steigende Nachfrage nach AHS-AbsolventInnen und eine sehr stark steigende Nachfrage nach BHS- und Universitäts- bzw. HochschulabsolventInnen gegenüber. Evidenz für eine an den Veränderungsraten der Zahl der Erwerbstätigen in den Bildungsstufen gemessene Polarisierungstendenz in der Beschäftigungsstruktur, d. h. hohe Zuwächse bei hoch Qualifizierten und gering Qualifizierten, finden sich auf dem obigen, sehr hohen Aggregationsniveau keine.

Wie die Ergebnisse der Analyse der langfristigen Verschiebungen der Berufsstruktur der Erwerbsbevölkerung (Kapitel 3.1) belegt auch der mittelfristige Wandel der Erwerbstätigenstruktur nach der höchsten abgeschlossenen Schulbildung die anhaltende qualifikatorische Aufwertung der Beschäftigung.

3.3 Die Erwerbstätigenquoten nach höchster abgeschlossener Schulbildung

Unterjährige Erwerbslosigkeit bzw. Arbeitslosigkeit senkt *cet. par.* das Jahreseinkommen (und das Lebenseinkommen) und indirekt auch den Stundenverdienst. In den Kapiteln 3.3 und 3.4 wird untersucht, ob es einen

Zusammenhang zwischen Bildungsgrad einerseits und Erwerbstätigenquote bzw. Arbeitslosenquote andererseits gibt und wie sich Erwerbstätigenquote und Arbeitslosenquote in den einzelnen Bildungsstufen im Zeitablauf verändert haben.

Streuen die Erwerbstätigenquoten der sieben Bildungsstufen? Und welche Auswirkungen haben die oben dargelegten mittelfristigen Veränderungen der Nachfrage nach Erwerbstätigen unterschiedlicher Qualifikation auf die Erwerbstätigenquoten in den einzelnen Bildungsstufen gehabt?

Die Erwerbstätigenquote je Bildungsstufe ist definiert als der Anteil der Erwerbstätigen mit dem betreffenden Bildungsabschluss an der gesamten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) mit eben diesem Bildungsabschluss. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gliedert sich in Erwerbstätige und Nichterwerbstätige. Letztere setzen sich zusammen aus den Arbeitslosen und aus der Nichterwerbsbevölkerung, d. h. jenen, die in der Erhebungswoche weder erwerbstätig noch arbeitslos gewesen sind.

Die Nichterwerbsbevölkerung wiederum gliedert sich u. a. in folgende Personengruppen:⁵³

- Personen, die sich noch in Ausbildung befinden;
- Personen, die an Schulungen des AMS teilnehmen;
- Personen unter 65 Jahren, die bereits in Pension sind;
- Personen, die einer Erwerbstätigkeit deshalb nicht nachgehen können oder unter den gegebenen Umständen nicht wollen, weil sie im Haushalt Kinder oder Pflegebedürftige betreuen;
- Personen, die wegen anderer persönlicher oder familiärer Gründe nicht erwerbstätig sind;
- Personen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht erwerbstätig sind;
- Personen, die prinzipiell an der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit interessiert wären, aber die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben.

Welche Relation ist zwischen der Erwerbstätigenquote einer mittel- und längerfristig stark zunehmend nachgefragten Qualifikationsgruppe, bspw. den UniversitätsabsolventInnen, und jener einer Qualifikationsgruppe, die mit mittel- und längerfristig rückläufiger Nachfrage konfrontiert ist, zu erwarten? Werden sie annähernd übereinstimmen oder deutlich voneinander abweichen? Erstens ist zu vermuten, dass im Segment der UniversitätsabsolventInnen das Potenzial der Erwerbsbevölkerung in weit höherem Maße durch die Arbeitskräftenachfrage ausgeschöpft wird als im Segment der gering Qualifizierten, anders ausgedrückt, die Arbeitslosenquote unter den hoch Qualifizierten weit niedriger ist als unter den gering Qualifizierten (siehe dazu im Einzelnen Kapitel 3.4). Dahinter steht die Annahme, dass sich die Qualifikationsstruktur des Arbeitskräfteangebots mit gewisser Verzögerung und mit Schwankungen in hohem Maße der Struktur der Arbeitskräftenachfrage im Hinblick auf die Qualifikationsstufen anpasst.

Welche Diskrepanzen sind zweitens im Bereich der nicht im Arbeitsmarkt befindlichen Personen zu vermuten?

- Der Anteil der Personen, die sich noch im Ausbildungsprozess befinden, wird unter den hoch Qualifizierten infolge des längsten Bildungsweges am höchsten, bei den gering Qualifizierten hingegen kaum vorhanden sein.
- Personen mit akademischer Ausbildung bleiben aufgrund ihrer günstigen Einkommenssituation und wegen der wesentlich besseren Arbeitsbedingungen, d. h. solcher, welche die physische und psychische Gesundheit weniger beeinträchtigen, viel länger im Arbeitsprozess als PflichtschulabsolventInnen.
- Hoch qualifizierte Personen, die nicht erwerbstätig sind, weil sie Betreuungsaufgaben im Haushalt wahrnehmen, haben aufgrund der Einkommensdifferenz weit höhere Opportunitätskosten (entgangenes Arbeitseinkommen) in Rechnung zu stellen als gering Qualifizierte und unterliegen deshalb weit stärkeren Anreizen, selbst eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen und spezialisierte AnbieterInnen mit den Betreuungsleistungen zu beauftragen.
- Der Anteil der Nichterwerbspersonen, die grundsätzlich arbeitswillig und -fähig sind, die Arbeitssuche aber aufgrund des Missverhältnisses zwischen den eigenen marktfähigen Kompetenzen und jenen, die auf den Arbeitsmärkten nachgefragt werden, entmutigt aufgegeben haben, ist unter den Höchstqualifizierten wesentlich geringer als unter jenen Personen, die höchstens eine Pflichtschule abgeschlossen haben.
- Der Anteil an Personen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht erwerbstätig sind, ist unter den hoch Qualifizierten signifikant geringer als unter den gering Qualifizierten. Gemäß der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2014 schätzten 90% der Männer und 86% der Frauen mit Hochschulabschluss ihren Gesundheitszustand subjektiv als „sehr gut“ oder „gut“ ein, aber nur 69% der Männer und 67% der Frauen mit einem Pflichtschulabschluss.⁵⁴

Zieht man alle diese jeweils ein Segment der Nichterwerbsbevölkerung betreffenden Hypothesen und ihre quantitative Bedeutung sowie die Hypothese bezüglich der Arbeitslosenquote in Betracht, so ergibt sich die erste Gesamthypothese, dass die UniversitätsabsolventInnen eine weit höhere Erwerbstätigenquote haben als die Personen mit Pflichtschulabschluss. Und die zweite Hypothese lautet, dass es generell einen positiven Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Erwerbstätigenquote gibt: je höher der Bildungsabschluss, desto höher die Erwerbstätigenquote.

Aus Abbildung 2 lassen sich Niveaus und Entwicklungstendenzen der Erwerbstätigenquoten je Bildungsstufe entnehmen. Und Abbildung 3 schließlich veranschaulicht die Unterschiede zwischen den Erwerbstäti-

Abbildung 2: Die Entwicklung der Erwerbstätigenquote in den sieben Bildungsstufen 2004 bis 2015

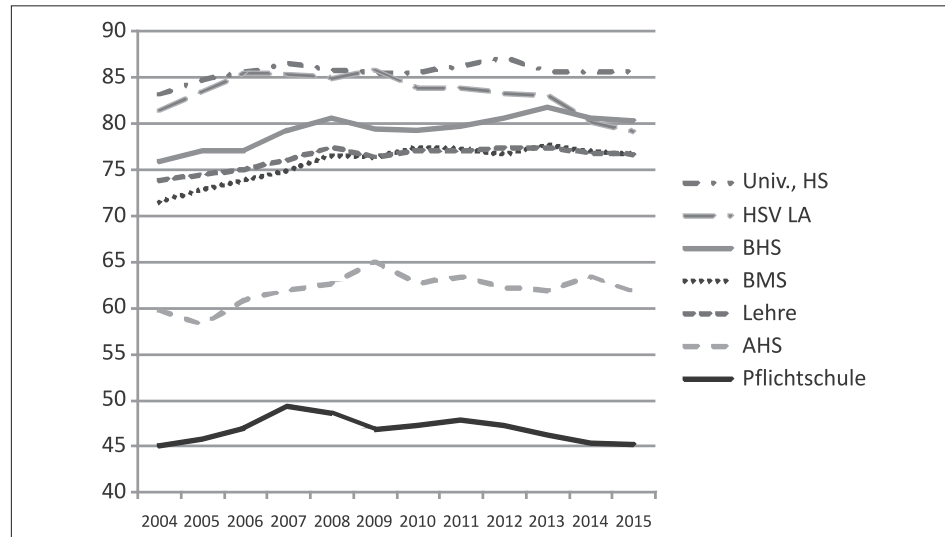
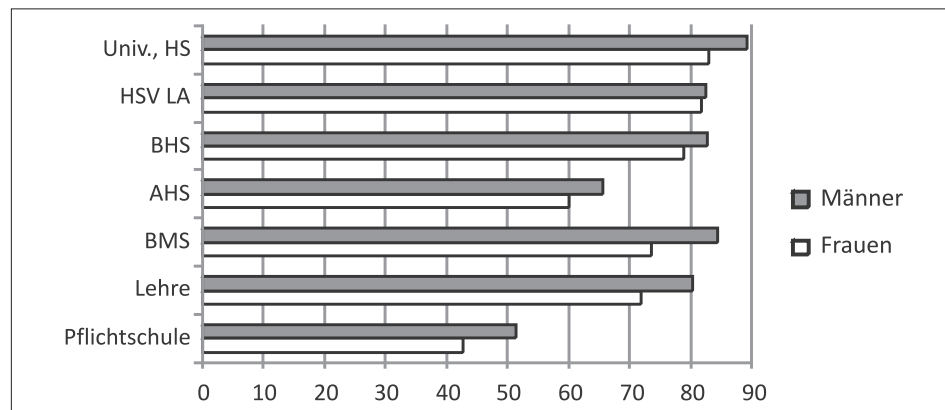


Abbildung 3: Die Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern in den sieben Bildungsstufen (Ø 2011-2015)



Quelle zu Abb. 2 und 3: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Eigene Berechnungen auf dieser Grundlage. Erwerbstätige (gemäß ILO-Konzept) ab 15 Jahren mit Wohnsitz in Österreich.

Erwerbstätigenquote je Bildungsstufe = Anteil der Erwerbstätigen mit dem betreffenden Bildungsabschluss an der gesamten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) mit eben diesem Bildungsabschluss.

genquoten von Männern und Frauen in den sieben Bildungsstufen. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren erhöhte sich von 68,6% im Durchschnitt der

Jahre 2004-08 um 2,6 PP auf 71,2% 2011-15. Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2011-15 mit 66,7% noch wesentlich, nämlich um 9,1 PP, unter jener der Männer (75,8%). Während sich die Erwerbstätigenquote der Männer vom Vorkrisenjahrfünft bis zum Nachrezessionsjahrfünft nur geringfügig, nämlich um 0,8 PP, erhöhte, stieg jene der Frauen um 4,4 PP.

Die obigen Hypothesen 1 und 2 finden empirische Bestätigung. Die Erwerbstätigenquote der Personen mit Pflichtschulabschluss war 2011-15 mit 46,4% (F 42,7%, M 51,4%) die mit sehr großem Abstand geringste aller Bildungsstufen. Die Erwerbstätigenquote der UniversitätsabsolventInnen hingegen erreichte in der genannten Halbdekade 86% (M 89,2%, F 82,9%), war also nahezu doppelt so hoch wie jene der gering Qualifizierten.

Vergleicht man die Erwerbstätigenquoten der sieben Bildungsstufen, so zeigt sich der vermutete positive Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Erwerbschance. Eine Ausreißerposition nehmen in dieser Hinsicht allerdings die AHS-MaturantInnen ein: Ihre Erwerbstätigenquote belief sich auf nur 62,5% (M 65,6%, F 60%), war somit die zweitniedrigste, lag um rd. 15 PP unter jener der Lehr- und BMS-AbsolventInnen (77,1%) und um 18 PP unter jener der BHS-AbsolventInnen (80,6%). Unter den Männern fällt auch die Erwerbstätigenquote der BMS-Absolventen aus der Reihe, die mit 84,3% jene der BHS-Maturanten und jene der Absolventen von hochschulverwandten Lehranstalten jeweils leicht übertraf.

Während sich der Anteil der Erwerbstätigen in allen mittleren, höheren und hohen Bildungsstufen (mit Ausnahme der kleinen Personengruppe der AbsolventInnen von hochschulverwandten Lehranstalten) sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern zwischen 2004-08 und 2011-15 jeweils erhöhte, sank die Erwerbstätigenquote bei den PflichtschulabsolventInnen von 47,2% auf 46,4%, was allein auf den signifikanten Rückgang der Quote bei den Männern von 54% auf 51,4% zurückgeht.

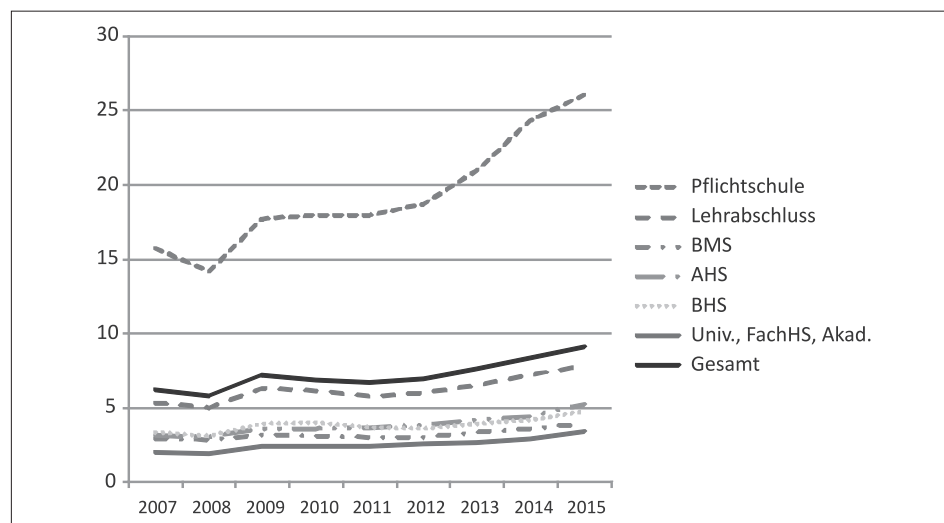
3.4 Die Arbeitslosenquote nach dem Bildungsgrad

Erwartungsgemäß divergierten auch die Arbeitslosenquoten nach den Bildungsabschlüssen sehr deutlich (siehe Abbildung 4). Gemäß nationaler Definition wird die Zahl der beim AMS registrierten Arbeitslosen einer Bildungsebene in Beziehung gesetzt zur Gesamtzahl der unselbstständigen Erwerbspersonen derselben Bildungsebene, also der Summe aus unselbstständig Beschäftigten und Arbeitslosen des betreffenden Bildungsgrades. 2007, vor dem Einsetzen der Wirtschaftskrise, lagen die Arbeitslosenquoten der unselbstständig Beschäftigten mit tertiärem Bildungsabschluss, der MaturantInnen und der BMS-AbsolventInnen jeweils unter der gemeinhin als Vollbeschäftigungsgrenze angesehenen Marke von 4%, jene der LehrabsolventInnen etwas darüber, aber diejenige der gering Qualifizierten mit höchstens Pflichtschulabschluss bei fast 16%.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote, die sich vor der Wirtschaftskrise auf rd. 6% belief, stieg im Zuge der schweren Rezession 2009 (reales BIP –3%) v. a. aufgrund der erfolgreichen sozialpartnerschaftlichen Arbeitsmarktpolitik nur leicht, nämlich auf rd. 7%. In der konjunkturellen Erholung 2010 und 2011 sank die durchschnittliche Arbeitslosenquote wieder unter 7%. Zwischen 2012 und 2015, einer Phase mit durchwegs schwachem Wirtschaftswachstum, erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote in erster Linie wegen der starken Angebotszuwächse auf über 9%.

Die Zunahmen der Arbeitslosenquoten fielen allerdings je nach Bildungsgrad sehr unterschiedlich aus (vgl. Abb. 4). Die Arbeitslosenquoten der höher und hoch Qualifizierten (AHS, BHS, HS) sowie eines Beschäftigungssegments der mittel Qualifizierten, und zwar der BMS-AbsolventInnen, erhöhten sich jeweils nur moderat, nämlich um 1 bis 2 PP. Etwas stärker, nämlich um rd. 3 PP, von 5% auf 8%, nahm die Arbeitslosenquote der LehrabsolventInnen zu. Im Segment der gering Qualifizierten hingegen stieg die Arbeitslosenquote von 14% 2008 um 12 PP auf 26% 2015.

Abbildung 4: Arbeitslosenquoten (%) nach Bildungsabschlüssen 2007-2015



Quelle: AMS. Arbeitslosenquote = vorgemerkte Arbeitslose einer Bildungsebene bezogen auf das Arbeitskräftepotenzial (= Arbeitslose + unselfbst. Besch.) derselben Bildungsebene.

Seit Einsetzen der Wirtschaftskrise hat die Divergenz der Arbeitslosenquoten zwischen gering Qualifizierten einerseits und mittel und hoch Qualifizierten andererseits somit sehr stark zugenommen.

Fassen wir zusammen: Die Erwerbschancen, gemessen anhand der Zu-

wachsrates der Erwerbstätigenzahl, der Erwerbstätigenquote und der Arbeitslosenquote, divergieren sehr stark nach dem Bildungsabschluss. Im Großen und Ganzen gilt: je höher der Bildungsabschluss, desto höher die prozentuelle Zunahme der Arbeitskräftenachfrage (vgl. Kapitel 3.2), desto höher die Erwerbstätigenquote (siehe Kapitel 3.3) und desto niedriger die Arbeitslosenquote. Besonders ungünstig sind die Erwerbschancen der gering Qualifizierten: PflichtschulabsolventInnen sind mit rückläufiger Nachfrage konfrontiert, sie weisen die mit Abstand niedrigste Erwerbstätigenquote auf und die wiederum mit Abstand höchste Arbeitslosenquote.

Und diese Divergenzen hinsichtlich der Erwerbschancen haben sich seit Mitte der 2000er-Jahre weiter vergrößert: Nahm die Nachfrage nach gering Qualifizierten zwischen 2004 und 2007 noch leicht zu, so ist sie seit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise stark gefallen: Die Zahl der Erwerbstätigen mit Pflichtschulabschluss verringerte sich zwischen 2007 und 2015 von 660.000 um 155.000 bzw. 23,6% auf 505.000. Und während die Erwerbstätigenquote der PflichtschulabsolventInnen seit 2007 eine deutlich sinkende Tendenz aufweist (von 49,4% 2007 auf 45,2% 2015), erhöhten sich die Quoten (fast) aller anderen Bildungsstufen. Noch wesentlich stärker drifteten die Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschluss auseinander.

Die unter den gering Qualifizierten weit niedrigere Erwerbstätigenquote als unter den mittel Qualifizierten und insbesondere als unter den hoch Qualifizierten sowie die mit sinkendem Bildungsgrad stark steigende Arbeitslosenquote trugen selbstverständlich zur Kluft zwischen hoch und gering Qualifizierten bezüglich des Bruttojahreseinkommens (und des Lebensseinkommens) bei. Doch auch die qualifikationsbezogene Streuung der Stundenverdienste blieb von der Ungleichheit der Erwerbschancen nicht unberührt, denn es ist empirisch nachgewiesen, dass Personen, die nach längerer Arbeitslosigkeit oder überhaupt längerer Unterbrechung der Erwerbsbeteiligung in unselbstständige Erwerbstätigkeit zurückkehren, i. d. R. niedrigere Stundenverdienste haben als vor der Unterbrechung der Erwerbstätigkeit.⁵⁵

Die Wissenschaft nennt zahlreiche Gründe für derartige Lohneinbußen, u. a. die folgenden:

- Während der längeren Unterbrechung der Erwerbstätigkeit verringert sich das relevante Wissen der betreffenden Personen.
- Infolge der zwischenzeitlichen technischen, organisatorischen, produktbezogenen und marktlichen Veränderungen verliert ihr Wissen an Wert, partielle Obsoleszenz ihres Humankapitals tritt ein.
- Während einer längeren Unterbrechung der Beschäftigung verringert sich nicht nur das technische, organisatorische, markt- und produktbezogene Wissen der Betroffenen, sondern verringern sich auch die sozialen Kompetenzen, die für die Interaktionen im Betrieb wesentlich sind.

- Personen, die nach der Unterbrechung in einem anderen Unternehmen und/oder einer anderen Branche Arbeit aufnehmen, können ihr unternehmensspezifisches Wissen aus dem alten Unternehmen nicht mehr anwenden.
- Wurde die betreffende Person im alten Unternehmen aufgrund längerer Betriebszugehörigkeit einkommensmäßig begünstigt, etwa aufgrund von Senioritätsregeln, so verliert sie im Falle eines Unternehmenswechsels diesen Vorteil.
- Der neue Arbeitgeber kann die Qualifikationen, die sozialen Kompetenzen, die Einsatzbereitschaft, die Motivation sowie das physische und das psychische Leistungsvermögen der neu eingestellten Person noch weniger einschätzen als der alte und wird deshalb zunächst bezüglich des Lohns entsprechend dieser Unsicherheit vorsichtig handeln.

3.5 Anteil atypischer Beschäftigung und Teilzeitquote nach dem Bildungsgrad

Ein gegenüber Vollzeitbeschäftigung verringertes Ausmaß an Erwerbstätigkeit in Form von Teilzeitbeschäftigung oder geringfügiger Beschäftigung wirkt sich *cet. par.* nicht nur negativ auf das Jahreseinkommen (und das Lebenseinkommen), sondern auch negativ auf den Stundenverdienst aus. Kapitel 3.5 analysiert die Divergenzen hinsichtlich des Ausmaßes der Erwerbstätigkeit zwischen den Bildungsstufen und die Art des Zusammenhangs zwischen Bildungsgrad und Erwerbstätigkeitsausmaß.

Nicht nur die Erwerbschancen schlechthin, gemessen anhand der Indikatoren Veränderung der Arbeitskräftenachfrage, Erwerbstätigenquote und Arbeitslosenquote, sondern auch das Ausmaß der Erwerbstätigkeit, gemessen anhand der Indikatoren Anteil atypischer Beschäftigung im Allgemeinen und Teilzeitquote im Besonderen, divergieren nach dem Qualifikationsgrad – wobei sich zeigen wird, dass die Divergenzen hinsichtlich des Ausmaßes der Erwerbstätigkeit und der Zusammenhang zwischen Qualifikationsgrad und Erwerbstätigkeitsausmaß weniger stark sind als die Divergenzen in Bezug auf die Erwerbschancen und die Korrelation zwischen Qualifikationsgrad und Erwerbschancen.

Teilzeitbeschäftigung ist die mit großem Abstand quantitativ bedeutendste Form atypischer Beschäftigung. Gemäß Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung waren 2015 von 4,15 Mio. Erwerbstätigen (nach ILO-Konzept) ab 15 Jahren mit Wohnsitz in Österreich 2,98 Mio. Vollzeitbeschäftigte und 1,17 Mio. Teilzeitbeschäftigte, d. h. Erwerbstätige mit einer wöchentlichen Arbeitszeit unter 36 Stunden. Die solcherart definierte Teilzeitbeschäftigung schließt somit die geringfügige Beschäftigung ein. Erwerbstätigen in anderen atypischen Beschäftigungsformen (befristete Beschäftigung,

Zeit- und Leiharbeit, Freie Dienstverträgen) sind je nach wöchentlicher Arbeitszeit entweder Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigte. Von den 1,17 Mio. Teilzeitbeschäftigten im Jahresdurchschnitt 2015 waren 79% Frauen und 21% Männer.

Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Erwerbstätigen erhöhte sich im letzten Jahrzehnt sehr stark, nämlich von 720.600 2004 um 451.300 oder 62,6% auf die erwähnten 1,17 Mio. 2015. Zwei Drittel dieses Zuwachses entfielen auf die Frauen, ein Drittel auf die Männer: Die Zahl der weiblichen Teilzeitbeschäftigten stieg von 622.800 im Jahr 2004 um 303.700 oder 48,8% auf 926.500 2015, jene der Männer in Teilzeitbeschäftigung von 97.900 um 147.500 oder 150,7% auf 245.400. Die relative Zunahme der männlichen Teilzeitbeschäftigung in der zurückliegenden Dekade war somit dreimal höher als jene der weiblichen!

Die Zahl der vollzeitbeschäftigten Erwerbstätigen wies im Jahrfünft vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise noch eine leicht steigende Tendenz auf, erhöhte sich von 2,96 Mio. 2004 um 100.000 auf 3,06 Mio. 2008. Seither oszilliert die Vollzeitbeschäftigung um die Dreimillionenmarke, wobei der Höchststand von 2008 bisher nicht wieder erreicht worden ist. Die Zunahme der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zwischen 2004 und 2015 geht also fast ausschließlich auf den Zuwachs der Teilzeitbeschäftigung (einschließlich der geringfügigen Beschäftigung) zurück. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten war 2015 mit 2,98 Mio. um nur etwa 20.000 höher als 2004.

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen stieg von 19,6% 2004 um 8,6 PP auf 28,2%. Unter den weiblichen Erwerbstätigen erhöhte sich die Teilzeitquote von 37,6% um 9,8 PP auf 47,4%, unter den männlichen von 4,8% um 6,4 PP auf 11,2%.

Wie sieht der Zusammenhang zwischen Qualifikationsgrad und Teilzeitquote bei den unselbstständig Erwerbstätigen aus? Tabelle 1 enthält die Teilzeitquoten nach Geschlecht und beruflicher Qualifikation in den drei Beschäftigtenbereichen der ArbeiterInnen, der Angestellten (inkl. Freie DienstnehmerInnen) und der öffentlich Bediensteten (BeamtenInnen und Vertragsbedienstete) im Jahre 2011.

In allen sechs Beschäftigtensegmenten (3 Bereiche, jeweils M und F) wiesen die mit Hilfstätigkeiten befassten unselbstständig Erwerbstätigen jeweils die höchste Teilzeitquote auf (bspw. 73% unter den weiblichen Angestellten), in den meisten davon mit großem oder sehr großem Abstand, in den Bereichen der ArbeiterInnen und der Angestellten jeweils gefolgt von Beschäftigten mit angelernten Tätigkeiten. Besonders groß war die Differenz zwischen dem Teilzeitanteil der Hilfskräfte (61%) und jenen in allen übrigen Qualifikationsstufen unter den männlichen Angestellten. Dort waren Beschäftigte in Hilfstätigkeiten die einzige Qualifikationsstufe mit einer Teilzeitquote über 20%.

Tabelle 1: Teilzeitquoten unselbstständig Erwerbstätiger nach Geschlecht und beruflicher Qualifikation in den Segmenten der ArbeiterInnen, der Angestellten und der öffentlich Bediensteten 2011 (in %)

	Gesamt	Frauen	Männer
ArbeiterInnen			
Hilfstätigkeit	42,3	61,6	15,5
Angelernte Tätigkeit	20,1	45,7	6,1
FacharbeiterIn	7,7	36,6	3,0
Angestellte			
Angelernte Tätigkeit	45,4	62,0	19,0
FacharbeiterIn	32,2	54,6	6,4
Hilfstätigkeit	69,2	73,3	60,9
Mittlere Tätigkeit	37,2	49,7	12,6
Höhere Tätigkeit	21,9	37,5	6,4
Hoch qualifizierte Tätigkeit	19,7	35,5	8,0
Führende Tätigkeit	9,4	24,1	3,6
Öffentlich Bedienstete			
Hilfstätigkeit	36,5	46,4	(x)
Mittlere Tätigkeit	18,6	33,3	(x)
Höhere Tätigkeit	17,7	27,1	(x)
Hoch qualifizierte Tätigkeit	14,0	21,3	(x)

Quelle: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung 2011. Ergebnisse des Mikrozensus (Wien 2012c) 209, Tab. E6.

Unselbstständig Erwerbstätige (gemäß ILO-Konzept) ab 15 Jahren mit Wohnsitz in Österreich.

TZQ = Anteil der Teilzeitbesch. mit einem bestimmten Qualifikationsgrad an der Gesamtzahl der unselbstständig Erwerbstätigen mit diesem Qualifikationsgrad.

Kursiv gesetzte Werte = Werte mit weniger als hochgerechnet 6.000 Personen sind sehr stark zufallsbehaftet.

(x) = Werte mit weniger als hochgerechnet 3.000 Personen sind statistisch nicht interpretierbar.

Unter den Angestellten und öffentlich Bediensteten verzeichneten Personen in führenden Tätigkeiten und solche in hoch qualifizierten Tätigkeiten jeweils die niedrigsten Teilzeitquoten.

Bei den Facharbeitern betrug die Teilzeitquote nur 3% – die niedrigste Rate unter allen Qualifikationsgruppen der Männer.

In allen sechs Beschäftigtensegmenten bestand ein sehr starker negativer Zusammenhang zwischen Qualifikationsgrad und Höhe der Teilzeitquote: je höher die Qualifikation, desto niedriger der Teilzeitanteil.

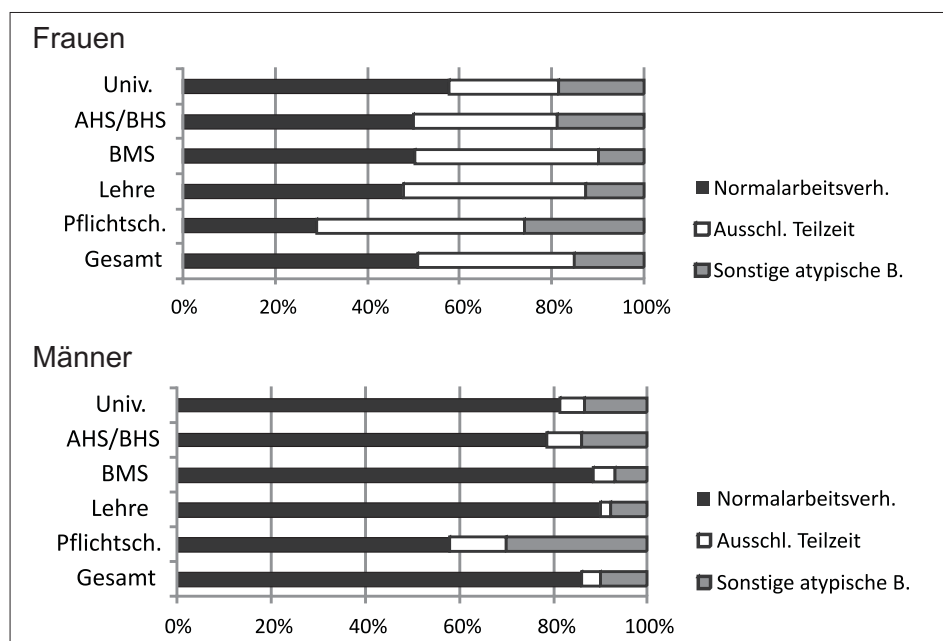
Knittler und Stadler (2012) haben die atypische Beschäftigung unselbstständig Erwerbstätiger in Österreich im Jahre 2011 nach soziodemografi-

schen Merkmalen analysiert. Auf der Grundlage der MZ-AKE haben sie drei überschneidungsfreie aggregierte Beschäftigungsformen unselbstständiger Erwerbstätigkeit gebildet, d. h. jede unselbstständig erwerbstätige Person ist genau einer dieser drei Beschäftigungsformen zuzuordnen:

- 1) Normalarbeitsverhältnis: unbefristete Anstellung auf Vollzeitbasis ohne Vorliegen eines Leih- bzw. Zeitarbeitsverhältnisses.
- 2) Ausschließliche Teilzeitbeschäftigung: unselbstständig Erwerbstätige, die ausschließlich aufgrund ihrer Teilzeitarbeit von 12 Stunden oder mehr pro Woche als atypisch beschäftigt gelten.
- 3) Sonstige atypische Beschäftigung: unselbstständig Erwerbstätige, auf die zumindest eine der atypischen Beschäftigungsformen geringfügige Beschäftigung, befristete Beschäftigung, Zeit- und Leiharbeit, Freie Dienstverträge zutrifft.

Die unselbstständig Erwerbstätigen der aggregierten Beschäftigungsformen 2 und 3 bilden gemeinsam die Gesamtheit der atypisch Beschäftigten.

Abbildung 5: Anteile der Beschäftigungsformen unselbstständig Erwerbstätiger 2011 je Bildungsstufe (%)



Quelle: Knittler, Stadler (2012) 489, Tab. 4; Datenbasis der Studie: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.

Eigene Berechnungen auf dieser Grundlage.

Unselbstständig Erwerbstätige (gemäß ILO-Konzept) ab 15 Jahren mit Wohnsitz in Österreich.

Abbildung 5 zeigt die Anteile der drei aggregierten Beschäftigungsformen an der Gesamtzahl der unselbstständig erwerbstätigen Frauen bzw. Männer je Bildungsstufe.

Bei den Frauen zeigt sich erstens eine sehr starke Divergenz zwischen Pflichtschulabsolventinnen einerseits und allen anderen Bildungsstufen andererseits hinsichtlich der Relation zwischen Personen im Normalarbeitsverhältnis und solchen in atypischen Beschäftigungsformen: Während unter den Frauen mit höchstens Pflichtschulabschluss der Anteil im Normalarbeitsverhältnis nur 29% betrug, war er in allen anderen Bildungsstufen um jeweils 20 bis 30 PP höher.

Zweitens ist ein deutlich positiver (negativer) Zusammenhang zwischen dem Bildungsgrad und dem Anteil der Frauen im Normalarbeitsverhältnis (in atypischen Beschäftigungsformen) festzustellen. Im Großen und Ganzen gilt: je höher der Bildungsgrad, desto höher (niedriger) der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse (der Anteil der atypischen Beschäftigungsformen). Unter den Universitätsabsolventinnen war der Anteil der unselbstständig Erwerbstätigen im Normalarbeitsverhältnis mit 58% doppelt so hoch wie unter Pflichtschulabsolventinnen. Unter den mittel Qualifizierten (Lehre, BMS) und den Masantinnen war etwa jede zweite Frau im Normalarbeitsverhältnis beschäftigt.

Knittler und Stadler vermuten einen bildungsspezifischen Konnex zwischen der Betreuung eigener Kinder und der Erwerbsbeteiligung bzw. dem Ausmaß der Erwerbstätigkeit. Sie führen an, dass Universitätsabsolventinnen und Masantinnen bei der Geburt eines Kindes ihre Erwerbstätigkeit deutlich kürzer unterbrechen als Frauen mit höchstens Pflichtschulabschluss oder Lehrabschluss. Und sie weisen darauf hin, dass Akademikerinnen mit Betreuungspflichten gegenüber Kindern unter fünfzehn Jahren häufiger Vollzeit arbeiten als der Gesamtdurchschnitt der Frauen mit derartigen Betreuungsverpflichtungen. Mögliche Gründe für das höhere Ausmaß an Erwerbstätigkeit von hoch Qualifizierten sind das höhere Arbeitseinkommen und damit die höheren Opportunitätskosten von Nichterwerbstätigkeit, mehr finanzielle Ressourcen für den Zukauf von Betreuungsdienstleistungen, günstigere Arbeitsbedingungen, großes inhaltliches Interesse an der Arbeit, bessere arbeitszeitliche Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Im Segment der „sonstigen atypischen Beschäftigungsformen“ überwog unter den Hochschulabsolventinnen die befristete Beschäftigung, in allen anderen Bildungsstufen jeweils die geringfügige Beschäftigung.

Nach wie vor unterschieden sich die Arbeitszeitstrukturen der weiblichen und der männlichen unselbstständig Erwerbstätigen eklatant voneinander: Im Gesamtdurchschnitt arbeiteten 2011 86% der Männer im Normalarbeitsverhältnis, 4% in ausschließlicher Teilzeitarbeit und 10% in sonstigen atypischen Beschäftigungsformen. Von den Frauen war hingegen nur

die Hälfte im Normalarbeitsverhältnis tätig, ein Drittel in ausschließlicher Teilzeitarbeit und 15% in sonstigen atypischen Beschäftigungsformen (vgl. Abb. 5).

Auch bei den Männern bestand die sehr starke Divergenz zwischen Pflichtschulabsolventen einerseits und allen anderen Bildungsstufen andererseits bezüglich des Anteils der unselbstständig Erwerbstätigen im Normalarbeitsverhältnis (bzw. in atypischen Beschäftigungsformen): Während unter gering qualifizierten Männern der Anteil im Normalarbeitsverhältnis 58% betrug, lag er in allen anderen Bildungsstufen zwischen 78% und 90%, mithin um jeweils 20 bis 30 PP höher.

Die höchsten Anteile von unselbstständig erwerbstätigen Männern wiesen 2011 die Lehr- und die BMS-Absolventen mit 90% bzw. 88% auf. In diesem mittel qualifizierten Beschäftigtensegment ist ein großer Teil der Männer im sekundären Sektor tätig, wo atypischen Beschäftigungsformen eine vergleichsweise nur geringe Bedeutung zukommt. In den Segmenten der Maturanten und der Akademiker lag der Anteil der Männer im Normalarbeitsverhältnis um jeweils rund 10 PP niedriger, nämlich bei 79% bzw. 82%.

Dass der signifikant höhere Anteil von Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten unter den PflichtschulabsolventInnen deren relative Lage bezüglich Bruttojahreseinkommen und Lebenseinkommen gegenüber den mittel und hoch qualifizierten Beschäftigten verschlechtert, bedarf keiner näheren Erörterung. Wie sieht es jedoch bei den Bruttostundenverdiensten aus?

Gaisberger (2016, 2012) zeigt anhand der Daten aus den Verdienststrukturerhebungen 2010 und 2014, dass die Bruttostundenverdienste von Teilzeitbeschäftigten (inkl. geringfügig Beschäftigten) signifikant geringer waren als jene von Vollzeitbeschäftigten.

Tabelle 2: Median-Bruttostundenverdienste unselbstständig erwerbstätiger Voll- bzw. Teilzeitbeschäftigter nach Geschlecht 2010 und 2014

	Frauen			Männer			Gesamt		
	Vollzeit	Teilzeit	TZ:VZ %	Vollzeit	Teilzeit	TZ:VZ %	Vollzeit	Teilzeit	TZ:VZ %
2010	11,88	10,21	85,9	14,25	10,76	75,5	13,60	10,31	75,8
2014	12,98	11,55	89,0	15,46	11,55	74,7	14,77	11,55	78,2

Quelle: Statistik Austria, Verdienststrukturerhebungen 2010 und 2014; zitiert aus: Geisberger (2016) 740, Tab. 4; Geisberger (2012) 672, Tab. 3. Eigene Berechnungen.

Tabelle 2 sind die Median-Bruttostundenverdienste unselbstständig erwerbstätiger Voll- bzw. Teilzeitbeschäftigter nach Geschlecht in Unternehmen mit zehn oder mehr Beschäftigten des privatwirtschaftlichen Sektors

in den Jahren 2010 und 2014 zu entnehmen. Demzufolge war der Median-Bruttostundenverdienst teilzeitbeschäftigter Frauen 2014 im Durchschnitt 11% geringer als jener vollzeitbeschäftigter Frauen. Und bei den Männern belief sich der entsprechende Rückstand des Median-Bruttostundenverdiensts von Teilzeitbeschäftigten sogar auf 25%.

Somit ist der signifikant höhere Anteil der Teilzeitbeschäftigung und geringfügigen Beschäftigung unter den gering Qualifizierten auch ein Faktor, welcher deren relative Lage bezüglich des Bruttostundenverdiensts gegenüber mittel und hoch qualifizierten Beschäftigten verschlechtert.

Das Fazit des Kapitels lautet somit, dass auch der deutlich positive Zusammenhang zwischen Qualifikationsgrad und Ausmaß bzw. Veränderung der Erwerbsbeteiligung sowie die anhaltend beträchtlichen Divergenzen in Bezug auf Teilzeitquoten und Anteilen geringfügiger Beschäftigung zum Fortbestand der intergenerationellen Einkommenspersistenz beitragen.

4. Einkommen

4.1 Unterschiede zwischen den Bruttojahreseinkommen ganzjährig vollzeitbeschäftigter Unselbstständiger nach Berufsgruppen und Geschlecht 2013

Dieses Kapitel stellt erstens das Ausmaß des geschlechtsbezogenen Lohngefälles zwischen den Qualifikationsstufen dar und zweitens das Ausmaß der geschlechtsbezogenen Lohnunterschiede zwischen den Berufsgruppen innerhalb der einzelnen Qualifikationsstufen. Unselbstständig erwerbstätige Frauen bzw. Männer, die gemäß ihrer höchsten abgeschlossenen Schulbildung einer bestimmten Bildungsstufe zuzuordnen sind (und die gleiche potenzielle Arbeitserfahrung aufweisen), erzielen in der Realität keineswegs gleiche Arbeitseinkommen oder auch nur annähernd gleiche Arbeitseinkommen, sondern ihre Arbeitseinkommen unterscheiden sich erheblich voneinander, und zwar in Abhängigkeit davon, welchen Beruf sie ausüben (der den betreffenden Bildungsabschluss voraussetzt), ob sie eine Führungsposition innehaben (d. h. ob sie der ÖISCO-08-Berufshauptgruppe 1 zuzuordnen sind) und in welcher Branche sie arbeiten.

Die Lohnunterschiede zwischen den Berufsgruppen gehen zum Teil auf Unterschiede bei beobachtbaren Merkmalen wie Männer- bzw. Frauenanteil, Arbeitszeit (ganzjährige/unterjährige, Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung, Wochenarbeitsstunden), Alter, Betriebszugehörigkeit und Betriebsgröße zurück.

Hier befassen wir uns mit den Unterschieden zwischen den Bruttojahreseinkommen ganzjährig vollzeitbeschäftigter Frauen bzw. Männer nach ÖISCO-08-Berufsgruppen.⁵⁶

Durch die separate Betrachtung der Lohndifferenziale zwischen Berufsgruppen für Männer und Frauen werden Unterschiede in der geschlechtsbezogenen Verteilung der unselbstständig Erwerbstätigen je Berufsgruppe als Ursache des Lohngefälles ausgeschaltet, also bspw. der weit überproportionale Anteil von relativ besser entlohnerten Männern unter den Führungskräften.

Die Lohndiskrepanzen zwischen Männern und Frauen gehen einerseits auf Unterschiede bei beobachtbaren Merkmalen wie Branche, Betriebsgröße, Ausbildung, Beruf, Betriebszugehörigkeit, Hierarchieebene und Alter zurück, andererseits auf nicht beobachtbare Merkmale wie die Bindung von Frauen an den Arbeitsmarkt, die Diskriminierung von Frauen und auf eine geschlechtsspezifisch unterschiedliche Bewertung gleicher Ausprägungen relevanter Merkmale.⁵⁷ Männer üben bspw. Berufe eher in Branchen aus, in denen im Durchschnitt höhere Löhne gezahlt werden, arbeiten häufiger in großen Unternehmen, verrichten eher leitende Tätigkeiten und haben im Durchschnitt eine längere Berufserfahrung als Frauen.

Geisberger (2007) ermittelt auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2002, die sich auf die unselbstständig Beschäftigten in Unternehmen mit zehn oder mehr Beschäftigten im sekundären Sektor und im Dienstleistungssektor (ohne Öffentliche Verwaltung, Unterrichtswesen, Gesundheits- und Sozialwesen, Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen) bezieht, und nach Bereinigung um die beobachtbaren Merkmale Branche, Beruf, Ausbildung, Betriebszugehörigkeit und Alter je nach Berechnungsmethode einen geschlechtsbezogenen Lohn- und Gehaltsunterschied von 15% bis 19%.

Grünberger und Zulehner (2009) zufolge, deren Studie unter Verwendung der Daten der EU-SILC 2004-2006 entstand, verdienen vollzeitbeschäftigte Frauen im Durchschnitt um 22% weniger als vollzeitbeschäftigte Männer. Berücksichtigt man Unterschiede zwischen Frauen und Männern bezüglich Merkmalen wie Schulbildung, Berufserfahrung, Familienstand, vertikaler und horizontaler Segregation auf dem Arbeitsmarkt, dann beträgt der Lohnunterschied 12%. Über die Hälfte des geschlechtsbezogenen Lohnunterschieds war somit auf Diskriminierung oder systematische Unterschiede bei nicht beobachtbaren Merkmalen zurückzuführen.

Gemäß Böheim, Himpele, Mahringer und Zulehner (2013) verringerte sich der geschlechtsbezogene Lohnunterschied von 21% im Jahr 2002 auf 18% im Jahr 2007. Dieser Rückgang ergab sich aus der verbesserten formalen Ausbildung von Frauen und eine gewisse Angleichung der Struktur der Bildungsabschlüsse von Männern und Frauen. Eine weitere wesentliche Determinante ist die relative Verbesserung der Frauen in Bezug auf nicht beobachtbare Merkmale, etwa die stärkere Bindung von Frauen an den Arbeitsmarkt und die Verringerung der Diskriminierung von Frau-

en. Der geschlechtsbezogene Lohnunterschied ist, wie Böheim, Rocha-Akis und Zulehner (2013) zeigen, für höhere Einkommen größer als für niedrige. Frauen dürften demnach bei individuellen Lohnverhandlungen (im Gegensatz zu kollektivvertraglichen Regelungen) schlechter abschneiden als Männer.

Die Abbildungen 6a und 6b enthalten die männer- und frauenspezifischen Relationen der berufsgruppenbezogenen Mediane der Bruttojahreseinkommen ganzjährig Vollzeitbeschäftigter zum jeweiligen Gesamtmedian.⁵⁸ Die Gesamtzahl der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Frauen belief sich im Durchschnitt des Jahres 2013 auf 676.800 (rd. 35% der Gesamtheit der unselbstständig erwerbstätigen Frauen), jene der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Männer auf 1,31 Mio. (rd. 63% der betreffenden Gesamtheit).

Die mittleren Gehaltsdifferenziale der Akademischen Berufe (Hauptgruppe <2>, schwarze Balken in Abb. 6) bei Frauen (42%) bzw. bei Männern (43%) stimmten 2013 fast überein. Dabei reichte die Spanne der Gehaltsdifferenziale der einzelnen Berufsgruppen innerhalb der Hauptgruppe 2 bei den Frauen von 35% (Naturwissenschaftlerinnen etc. <21>) bis 66% (Akademische Gesundheitsberufe <22>), bei den Männern sogar von 36% (Akademische IKT-Fachkräfte <25>) bis 118% (Akademische Gesundheitsberufe <22>).

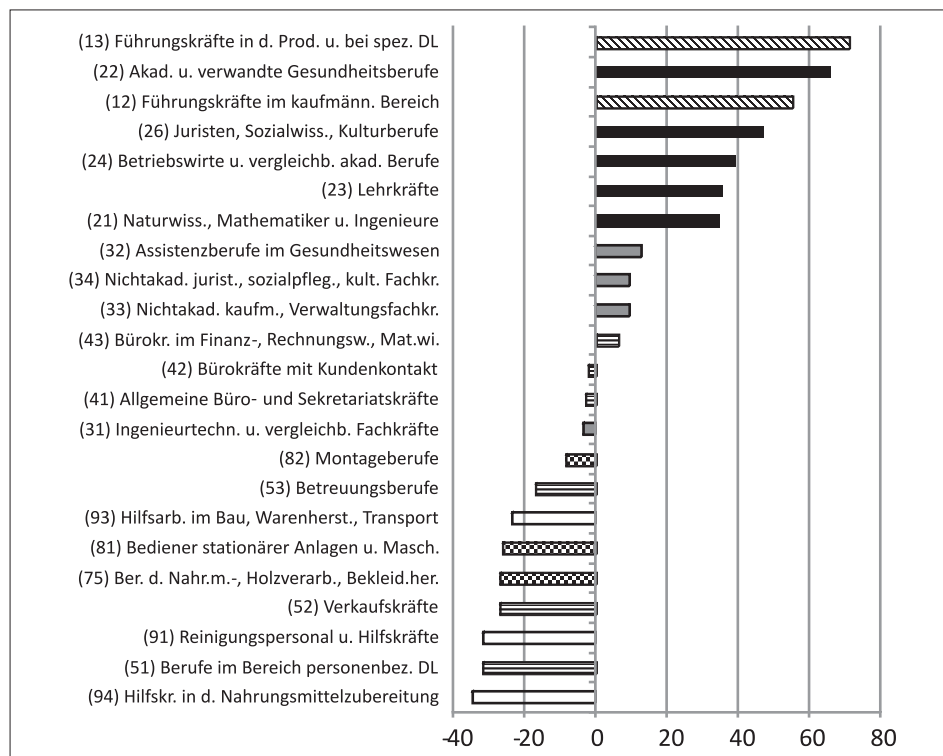
Das mittlere Gehaltsdifferenzial der Führungskräfte (Hauptgruppe <1>, schraffierte Balken) bei den Männern (74%) übertraf jenes bei den Frauen (58%) deutlich – ein Hinweis darauf, dass die höheren Führungsebenen nach wie vor ganz überwiegend Männern vorbehalten waren. Der relative Gehaltsaufschlag für Führungskräfte gegenüber Personen in Akademischen Berufen war somit bei den Männern mit 30 PP rund doppelt so hoch wie bei den Frauen (16 PP).

Das mittlere Gehaltsdifferenzial bei den hoch qualifizierten Angestelltenberufen auf Maturaniveau (Technische und nichttechnische Fachkräfte, Hauptgruppe <3>, graue Balken) belief sich auf 11% bei den Frauen und 19% bei den Männern. In dieser Hauptgruppe umfassten die berufsgruppenbezogenen Gehaltsdifferenziale bei den Frauen den Bereich von –3% (Ingenieurtechnische Fachkräfte <31>) bis +13% (Assistenzberufe im Gesundheitswesen <32>), bei den Männern sogar von –9% (Nichtakademische juristische, sozialpflegerische und kulturelle Fachkräfte <34>) bis +30% (Nichtakademische kaufmännische und Verwaltungsfachkräfte <33>).

Das sehr breite Segment der Berufe mittlerer Qualifikation, deren Ausübung entweder einen Lehr- oder einen BMS-Abschluss voraussetzt, schließt zum einen die mittel qualifizierten Angestelltenberufe (Hauptgruppen <4> Büroangestellte und <5> Personenbezogene Dienstleistungs- und Verkaufsberufe, Streifenbalken) ein, zum anderen die mittel qualifi-

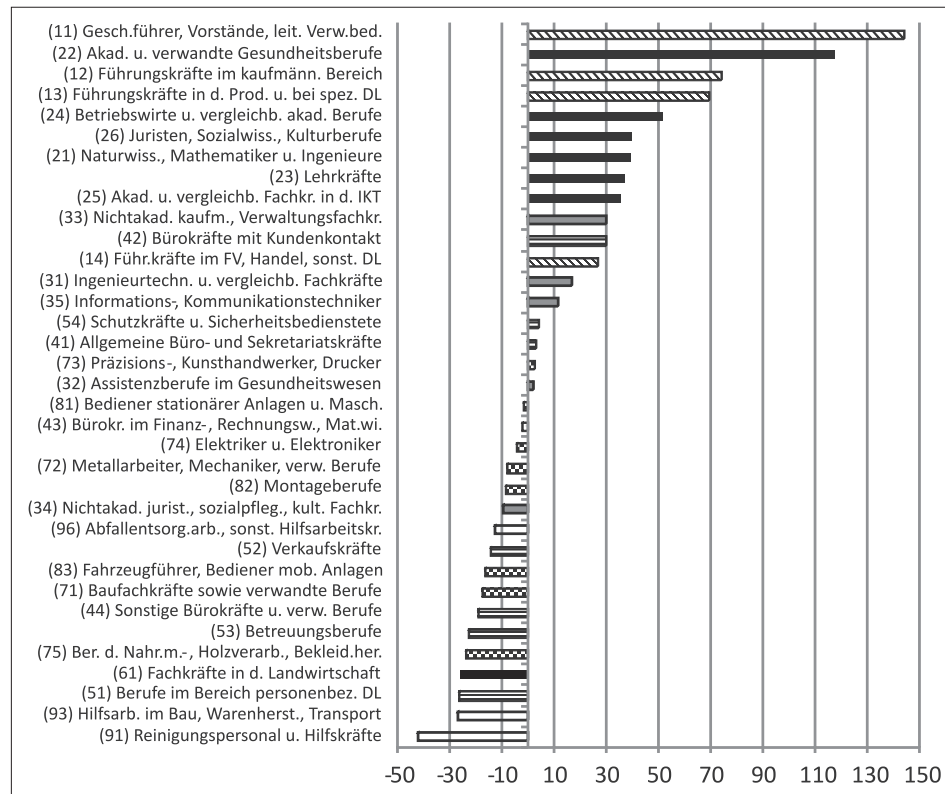
Abbildung 6: Bruttojahreseinkommen ganzjährig vollzeitbeschäftigter nach ÖISCO-08-Berufsgruppen 2013 (Mediane). Relativer Abstand zum betreffenden Gesamtmedianeinkommen (in %)

(a) Frauen



zierten Fertigungsberufe (Hauptgruppen <7> Handwerksberufe und <8> Maschinenbedienungs- und Montagekräfte, Schachbrettbalken).

Im Subsegment der mittel qualifizierten Angestelltenberufe entsprach das mittlere Gehalt der Büroangestellten (Hauptgruppe <4>) sowohl bei den Frauen (Gehaltsdifferenzial -1%) als auch bei den Männern (-2%) jeweils etwa dem Gesamtmedian-Bruttojahreseinkommen, während die Personenbezogenen Dienstleistungs- und Verkaufsberufe (Hauptgruppe <5>) jeweils ein stark negatives mittleres Gehaltsdifferenzial (F -25%, M -17%) aufwiesen. Die Spanne der berufsgruppenbezogenen Gehaltsdifferenziale war in diesem Subsegment bei Frauen und Männern enorm: Bei den Frauen reichte es von -32% (Personenbezogene Dienstleistungsberufe <51>) bis +7% (Bürokräfte in Finanzwirtschaft, Rechnungswesen und Materialwirtschaft <43>), bei den Männern sogar von -26% (Personenbezogene Dienstleistungsberufe <51>) bis +30% (Bürokräfte mit Kundenkontakt <42>).

(b) Männer

Quelle: Statistik Austria. Lohnsteuer-, HV-Daten und Mikrozensusdaten. Berufsgruppen gemäß ÖISCO-08. Eigene Berechnungen aufgrund dieser Daten.

Unselbstständig Erwerbstätige: ab 15 Jahren mit Wohnsitz in Österreich, ohne Lehrlinge, ohne Angehörige der Streitkräfte (Berufshauptgruppe 0). Ganzjährig erwerbstätig sind alle Unselbstständigen, die laut Lohnsteuerdaten an mindestens 360 Tagen im Jahr gemeldet waren. Als Vollzeitbeschäftigte gelten jene unselbstständig Erwerbstätigen, die sich selbst als Vollzeiterwerbstätige einstufen und deren wöchentliche Normalarbeitszeit bei 36 Stunden oder darüber liegt.

Nicht ganz so groß waren die Unterschiede zwischen den berufsgruppenbezogenen Lohndifferenzialen im Subsegment der mittel qualifizierten Fertigungsberufe. In den Handwerksberufen (Hauptgruppe <7>) betrug das mittlere Lohndifferenzial –17% bei den Frauen bzw. –12% bei den Männern, im Bereich der Maschinenbedienungs- und Montageberufe (Hauptgruppe <8>) –16% bei den Frauen und –13% bei den Männern. Die Spannweite der berufsbezogenen Lohndifferenziale im gesamten Subsegment reichte bei den Frauen von –27% (Berufe der Nahrungsmittel- und der Holzverarbeitung sowie der Bekleidungsherstellung <75>) bis –9% (Montageberufe <82>), bei den Männern von –23% (Berufe der Nahrungsmittel- und der Holzverarbeitung sowie der Bekleidungs-

herstellung <75>) bis +2% (Präzisions-, Kunsthandwerker, Drucker <73>).

Bei den Hilfsarbeitskräften (Hauptgruppe <9>, weiße Balken) schließlich stimmten die mittleren Lohndifferenziale von Frauen (–29%) und Männern (–28%) fast überein. Selbst bei den gering Qualifizierten war die Spannweite der berufsgruppenbezogenen Lohndifferenziale jeweils sehr groß, erreichte bei den Männern nahezu 30 PP, nämlich zwischen dem Reinigungspersonal (<91>, –42%) und den Abfallentsorgungsarbeitern (<96>, –13%), und bei den Frauen 11 PP, und zwar zwischen den Hilfskräften in der Nahrungsmittelzubereitung (<94>, –34%) und den Hilfsarbeiterinnen in Bau, Warenherstellung und Transportwesen (<93>, –23%).

Fassen wir zusammen: Ganzjährig vollzeitbeschäftigte Unselbstständige mit gleichem Bildungsgrad erzielten erstens in Abhängigkeit von Geschlecht und Beruf sehr unterschiedliche Bruttojahreseinkommen, und ein weiteres differenzierendes Merkmal, nämlich die Branchenzugehörigkeit, ist hier noch gar nicht berücksichtigt. Zweitens entsprechen die nach dem Medianeinkommen geordneten Berufshierarchien in Abbildung 6 zwar im Großen und Ganzen jeweils der Abfolge der Bildungsstufen (tertiärer Abschluss – Matura – Lehre oder BMS – Pflichtschule), aber keineswegs durchgängig. Mit anderen Worten: Es gibt sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern Berufsgruppen, deren Medianeinkommen höher ist als jenes von Berufsgruppen der nächsthöheren Bildungsstufe, bspw. Berufsgruppen von Hilfsarbeitskräften, die ein höheres mittleres Einkommen erzielten als einige mittel qualifizierte Angestellten- und Fertigungsberufe, und mittel qualifizierte Angestelltenberufe, die ein höheres mittleres Gehalt aufwiesen als einige Fachkräfteberufe auf Maturaniveau.

4.2 Zunahme der Ungleichheit der Lohn- und Gehaltseinkommen der unselbstständig Beschäftigten

In Österreich ist die Ungleichheit der Lohn- und Gehaltseinkommen der unselbstständig Beschäftigten in den letzten zwei Jahrzehnten gestiegen, wie Glocker et al. (2014) anhand der Daten der Lohnsteuerstatistik belegen. Die dort verwendeten Verteilungsindikatoren sind die Quintilanteile und der Gini-Koeffizient.

Tabelle 3 zeigt die Veränderung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen (Bruttojahreseinkommen) zwischen 1995 und 2012 anhand der Prozentanteile der Quintile an der Gesamtsumme der Löhne und Gehälter. Einbezogen sind hier die Bruttojahreseinkommen aller unselbstständig Beschäftigten, von den unterjährig Teilzeitbeschäftigten bis zu den ganzjährig Vollzeitbeschäftigten.

Die Lohn- und Gehaltseinkommen der Gesamtheit der unselbstständig Beschäftigten sind sehr ungleich verteilt, und diese Ungleichheit hat sich

im Beobachtungszeitraum noch verstärkt. Der Anteil des ersten Quintils an den Gesamteinkommen fiel zwischen 1995 und 2012 um rund ein Drittel, nämlich von 2,9% auf 1,9%. Das unterste Fünftel der nach der Höhe des Bruttojahreseinkommens geordneten Beschäftigten umfasste mithin die unterjährig und geringfügig Beschäftigten. Die Veränderung der Ungleichheit nicht nur am unteren Rand, sondern auch in der unteren Hälfte der Verteilung überhaupt wird von der starken Zunahme des Anteils der atypischen Beschäftigungsformen (Teilzeitbeschäftigung, befristete Beschäftigung, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit) bestimmt.⁵⁹ Infolgedessen sank auch der Anteil des zweiten Quintils deutlich, nämlich von 10,9% um mehr als ein Sechstel auf 9,0%, und der Anteil des dritten Quintils verringerte sich von 17,7% auf 16,8%. Die Umverteilung von unten nach oben erfolgte ganz überwiegend zugunsten des obersten Fünftels der Lohn- und Gehaltseinkommen: Der Anteil des fünften Quintils erhöhte sich von 44,4% (1995) um 3,2 Prozentpunkte auf 47,6% (2012), während der Anteil des vierten Quintils nur leicht zunahm. Auf oberste Fünftel der unselbstständig Beschäftigten entfiel 2012 fast die Hälfte der Gesamteinkommen, und auf vierte Quintil rund ein Viertel.

Tabelle 3: Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen 1995-2012 nach Quintilen (jeweils in % der Gesamtsumme der Löhne und Gehälter)

	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
1. Quintil	2,9	2,5	2,2	2,2	2,2	2,1	2,0	2,0	1,9	1,9
2. Quintil	10,9	10,2	9,5	9,5	9,4	9,4	9,2	9,2	9,1	9,0
3. Quintil	17,7	17,4	17,2	17,1	17,0	17,0	16,9	16,8	16,9	16,8
4. Quintil	24,1	24,2	24,5	24,5	24,4	24,4	24,5	24,6	24,6	24,6
5. Quintil	44,4	45,7	46,5	46,7	46,9	47,1	47,4	47,4	47,5	47,6

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen; zitiert aus Glocker et al. (2014) 272.

Angesichts der langfristigen Anteilsverluste der Standardbeschäftigung (ganzjährige Vollzeitbeschäftigung) und der absoluten und relativen Bedeutungsgewinne der Teilzeitbeschäftigung und der geringfügigen Beschäftigung⁶⁰ kann die Zunahme der Lohnungleichheit unter der Gesamtheit der unselbstständig Erwerbstätigen nicht überraschen.

Die Entwicklung des Gini-Koeffizienten zwischen 1995 und 2012 liefert weitere Evidenz für diese Tendenz zu verstärkter Ungleichheit unter den Lohn- und Gehaltseinkommen aller unselbstständig Beschäftigten. (Das Verteilungsmaß Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 [= Gleichverteilung] und 1 [= eine Person bezieht das gesamte Einkommen] annehmen.) Wie Tabelle 4 zu entnehmen ist, erhöhte sich der Gini-Koeffizient von 0,41

(1995) um 11,2% auf 0,456 (2012). Zwischen 2000 und 2012 betrug die Zunahme 5,3% und zwischen 2008 und 2012 1,8%.

Die Beschäftigungsstrukturverschiebungen, d. h. die Anteilsgewinne weiblicher Beschäftigter, der Wandel zugunsten der Teilzeitbeschäftigung, der geringfügigen Beschäftigung sowie der Unterjahresbeschäftigung, welche die Veränderung der Lohnverteilung aller unselbstständig Beschäftigten prägen, lassen sich ausschalten, indem man den betrachteten Personenkreis einschränkt auf die männlichen ganzjährig Vollzeitbeschäftigten. Deren Anteil an der Gesamtzahl der unselbstständig Beschäftigten laut Lohnsteuerstatistik belief sich 2012 auf 38,8%.

Tabelle 4: Gini-Koeffizienten der Verteilung der Lohn- und Gehaltseinkommen aller unselbstständig Erwerbstätigen bzw. der männlichen ganzjährig Vollzeitbeschäftigten 1995-2012

	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
alle unselbstständig Beschäftigten	0,410	0,433	0,441	0,443	0,446	0,448	0,451	0,452	0,454	0,456
männliche ganzjährig Vollzeitbeschäftigte	0,302	0,320	0,316	0,319	0,323	0,327	0,331	0,332	0,331	0,333

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen; zitiert aus Glocker et al. (2014) 273.

Die Lohn- und Gehaltseinkommen der männlichen Standardbeschäftigten sind um ein Drittel weniger ungleich verteilt als die lohnsteuerpflichtigen Einkommen aller unselbstständig Beschäftigten (Gini-Koeffizienten aus dem Jahre 2012 0,333 : 0,456). Allerdings erhöhte sich auch unter den männlichen ganzjährig Vollzeitbeschäftigten die Lohnungleichheit erheblich: Der betreffende Gini-Koeffizient stieg von 0,302 (1995) um 10,3% auf 0,333 (2012). Zwischen 2000 und 2012 belief sich die Zunahme auf 4,1% und zwischen 2008 und 2012 auf 1,8%.

5. Zusammenfassung

Wie einschlägige empirische Studien zeigen, weist Österreich im EU-Vergleich eine mittelhohe intergenerationelle Bildungspersistenz und eine hohe intergenerationelle Einkommenspersistenz auf. Vermögenstransfers in Form von Schenkungen und Erbschaften kommen in deutlich höherem Maße einkommensstarken Haushalten zugute und verstärken somit die Einkommenspersistenz über die Generationen. Hinzu kommt, dass es einen sehr engen Zusammenhang zwischen der Höhe des aktuellen Bruttohaushaltseinkommens und der Höhe des Haushaltsnettovermögens gibt. Einkommen und Vermögen (sowie Vermögensübertragungen) wir-

ken also kumulativ. Erhöht wird die intergenerationelle Bildungs- und Einkommenspersistenz ferner durch die Bildungshomogamie bei der PartnerInnenwahl.

Im empirischen Teil des Beitrags wird gezeigt, dass die nach Qualifikationsgrad stark divergierenden Arbeitsmarktlagen hinsichtlich Erwerbsbeteiligung, Arbeitslosigkeit und Ausmaß der Erwerbstätigkeit sowie die ebenfalls nach Qualifikationsgrad stark unterschiedlichen Veränderungen der Arbeitsmarktlagen hinsichtlich der Arbeitskräftenachfrage, der Erwerbsbeteiligung und der Arbeitslosigkeit allesamt zur intergenerationellen Einkommenspersistenz beitragen.

Die Ungleichheit der Lohn- und Gehaltseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen hat in den letzten zwei Jahrzehnten zugenommen. Und dieser Anstieg der Ungleichheit lässt sich nicht allein auf die Anteilsgewinne der Teilzeit-, der geringfügigen und der Unterjahresbeschäftigung zurückführen. Die Veränderung der Einkommenschancen erfolgte v. a. zugunsten der höher und hoch Qualifizierten in Normalarbeitsverhältnissen. Auch die Zunahme der Einkommensungleichheit verstärkte die generationenübergreifende Einkommenspersistenz.

Diese Ergebnisse sind nicht nur verteilungspolitisch relevant, sondern auch arbeitsmarktpolitisch und daher gesamtwirtschaftlich und gesellschaftspolitisch.

Anmerkungen

¹ Siehe Schnitzlein (2013); Böheim, Judmayr (2014).

² Siehe Statistik Austria (2012b).

³ Vgl. Knittler (2011); Fessler, Mooslechner, Schürz (2012).

⁴ Altzinger et al. (2013) 52, Grafik 4, und Altzinger (2015) 166, Abbildung 2.

⁵ Vgl. Schneebaum et al. (2014) 22, Abbildung 1b.

⁶ Ebendort 25, Tabelle 2.

⁷ Ebd.

⁸ Ebendort 30, Abbildung A1.

⁹ Vgl. hierzu die grafischen Darstellungen in Altzinger (2015) 164; Altzinger et al. (2013) 49; Altzinger et al. (2015) 3.

¹⁰ Siehe Altzinger et al. (2013) 52, Grafik 3.

¹¹ Siehe Brunello, Weber und Weiss (2015) 22, Tabelle 13. Weitere Literatur zum Thema: Evans et al. (2010).

¹² Siehe dazu vor allem Heckman, Pinto, Savelyev (2013).

¹³ Vgl. Cunha, Heckman (2007).

¹⁴ Bourdieu (1983) 186; Fuchs-Heinritz, König (2011) 164.

¹⁵ „Einerseits ist der Prozess der Aneignung von objektiviertem kulturellem Kapital (also: die dafür erforderliche Zeit) bekanntlich in erster Linie von dem in der gesamten Familie verkörperten kulturellen Kapital abhängig; andererseits ist aber auch bekannt, dass die Akkumulation kulturellen Kapitals von frühester Kindheit an – die Voraussetzung zur schnellen und mühelosen Aneignung jeglicher Art von nützlichen Fähigkeiten – ohne Verzögerung und Zeitverlust nur in Familien stattfindet, die über ein so starkes Kulturka-

pital verfügen, dass die gesamte Zeit der Sozialisation zugleich eine Zeit der Akkumulation ist.“ (Bourdieu [1983] 188).

- ¹⁶ Heckman (2012).
- ¹⁷ Altzinger et al. (2013) 49.
- ¹⁸ Fuchs-Heinritz, König (2011) 168.
- ¹⁹ Ebendort 169.
- ²⁰ Ebenso argumentiert Heckman (2011, 2012).
- ²¹ Vgl. OECD (2012).
- ²² Vgl. Krenz (2008) 10.
- ²³ Vgl. Diwald, Schupp (2004) 108.
- ²⁴ Altzinger et al. (2013) 55, Grafik 5.
- ²⁵ Ebendort 56, Tabelle 4.
- ²⁶ Ebd., Grafik 6.
- ²⁷ Ebd. 57, Tabelle 6.
- ²⁸ Vgl. OECD (2012).
- ²⁹ Vgl. Bourdieu, Passeron (1971).
- ³⁰ Vgl. Fuchs-Heinritz, König (2011) 35; Bourdieu, Passeron (1971) 179.
- ³¹ Altzinger (2015) 167, Tabelle 1.
- ³² Siehe dazu Bourdieu, Passeron (1971) und Fuchs-Heinritz, König (2011) 31ff.
- ³³ Altzinger et al. (2013) 51, Tabelle 1.
- ³⁴ Schnetzer, Altzinger (2013) 116, Abbildung 2.
- ³⁵ Ebendort 117, Abbildung 3.
- ³⁶ Ebd. 125, Tabelle A3.
- ³⁷ Ebd. 119, Tabelle 2.
- ³⁸ Ebd. 120, Tabelle 3.
- ³⁹ Westermeier et al. (2016) 377, Tabelle 1.
- ⁴⁰ Ebendort.
- ⁴¹ Ebd. 380, Tabelle 2.
- ⁴² European Central Bank (2013) 89f, Tabelle 5.1.
- ⁴³ Ebd. 75f, Tabelle 4.1.
- ⁴⁴ Quelle EHFCs (2013), zitiert aus Fratzscher (2016) 69, Abb. 14. Allerdings sind die 5% mit negativem Vermögen eher der Einkommensmittelschicht zuzuordnen („Häuslbauer“).
- ⁴⁵ Mincer (1974).
- ⁴⁶ Durch die Logarithmierung des Lohns kann annähernd eine Normalverteilung hergestellt werden. Die Koeffizienten lassen sich dann als prozentuale Änderungen interpretieren, wenn sich der Wert einer unabhängigen Variablen um eine Einheit erhöht.
- ⁴⁷ Die unbeobachteten Fähigkeiten führen zu höheren Löhnen, womit der Bildungsertrag überschätzt wird (sog. *ability bias*). Einen Ausweg bieten bspw. Zwillingsstudien (gleiche Fähigkeiten, aber unterschiedliche Zahl von Schulbildungsjahren).
- ⁴⁸ Siehe Lavoie (2014) 275ff, Kap. 5 „Effective Demand and Employment“.
- ⁴⁹ Zu den Veränderungen der Berufsstruktur in Österreich siehe auch Horvath et al. (2012).
- ⁵⁰ Für Deutschland siehe Spitz (2005).
- ⁵¹ Siehe dazu Goos et al. (2010); Oesch, Rodriguez (2011); Oesch (2013).
- ⁵² Zu den konzeptionellen Unterschieden der Erwerbstätigkeit zwischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Mikrozensus siehe Chalupa, Knittler (2013).
- ⁵³ Vgl. Fasching (2008) 195 und 198, Tab. 3.
- ⁵⁴ Klimont, Klotz (2016) 668, Grafik 3; vgl. auch Klotz (2007).
- ⁵⁵ Siehe etwa Boll (2009); Weber et al. (2016).
- ⁵⁶ Zur Systematik der Berufe ÖISCO-08 siehe Zeller (2010) und Statistik Austria (2011).
- ⁵⁷ Siehe dazu Böheim, Rocha-Akis, Zulehner (2013); Böheim, Himpele, Mahringer, Zulehner (2013); Grünberger, Zulehner (2009); Geisberger (2007).

- ⁵⁸ Zur Höhe der Bruttojahreseinkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Jahre 2013 nach Geschlecht und Berufshauptgruppen siehe Rechnungshof (2014) 84, Tab. 44, und 85, Tab. 45.
- ⁵⁹ Zu Struktur und Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich 2010 siehe Geisberger (2013).
- ⁶⁰ Siehe dazu Knittler (2014).

Literatur

- Altzinger, Wilfried, Eine „Conditio sine qua non“ zur Erreichung von Chancengleichheit, in: Soziale Sicherheit 4 (2015) 163-169.
- Altzinger, Wilfried; Crespo Cuaresma, Jesús; Rimplmaier, Bernhard; Sauer, Petra; Schneebaum, Alyssa, Education and Social Mobility in Europe: Levelling the Playing Field for Europe's Children and Fuelling its Economy (= Working Paper 80, Welfare Wealth Work for Europe, Wien 2015).
- Altzinger, Wilfried; Lamei, Nadja; Rimplmaier, Bernhard; Schneebaum, Alyssa, Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich, in: Statistische Nachrichten 1 (2013) 48-62.
- Augustin, Sophie; Hollan, Katarina; Schneebaum, Alyssa, Bildungs- und Vermögensverteilung in Österreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft 41/3 (2015) 383-407.
- Autor, David; Levy, Frank; Murnane, Richard, The Skill Content of Recent Technological Change: An Empirical Exploration, in: Quarterly Journal of Economics 118/4 (2003) 1279-1333.
- Becker, Gary, Human Capital: a Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education (Chicago 1964).
- Böheim, René; Judmayr, Christina, Chancengleichheit in Österreich – Bildungs- und Einkommenskorrelationen von Geschwistern (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 134, Wien 2014).
- Böheim, René; Rocha-Akis, Silvia; Zulehner, Christine, Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern: Die Rolle von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung, in: WIFO-Monatsberichte 86/11 (2013) 883-896.
- Böheim, René; Himpele, Klemens; Mahringer, Helmut; Zulehner, Christine, The gender pay gap in Austria: Eppur si muove!, in: Empirica 40/4 (2013) 585-606.
- Boll, Christina, Lohnneinbußen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen (= SOEP-papers on Multidisciplinary Panel Data Research 160, DIW, Berlin 2009).
- Bourdieu, Pierre, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel (Hrsg., 1983) 183-198.
- Bourdieu, Pierre; Passeron, Jean-Claude, Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs (Stuttgart 1971; Orig. 1964).
- Brunello, Giorgio; Weber, Guglielmo; Weiss, Christoph T., Books are forever: Early life conditions, education and lifetime earnings in Europe, in: The Economic Journal (2015); doi: 10.1111/econj.12307.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.), Sozialbericht 2013-2014 (Wien 2014).
- Chalupa, Johannes; Knittler, Käthe, Erwerbstätige in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und im Mikrozensus. Konzeptionelle und quellenbedingte Unterschiede, in: Statistische Nachrichten 3 (2013) 238-246.
- Coleman, James S., Social Capital in the Creation of Human Capital, in: The American Journal of Sociology 94/1 (1988) 95-120.
- Cunha, F.; Heckman, James J., The technology of skill formation, in: American Economic Review 97/2 (2007) 31-47.

- Diwald, Martin; Schupp, Jürgen, Soziale Herkunft, Beziehung zu den Eltern und das kulturelle und soziale Kapital von Jugendlichen, in: Szydlík, Marc (Hrsg.), *Generation und Ungleichheit* (Wiesbaden 2004) 104-127.
- European Central Bank, *The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey. Results from the First Wave* (= Statistics Paper Series 2/2013, Frankfurt am Main 2013).
- Fasching, Melitta, Ungenütztes Erwerbspotential. Konzepte und empirische Ergebnisse auf Basis des Mikrozensus, in: *Statistische Nachrichten* 3 (2008) 192-205.
- Fessler, Pirmin; Mooslechner, Peter; Schürz, Martin, Intergenerational transmission of educational attainment in Austria, in: *Empirica* 39/1 (2012) 65-86.
- Fratzscher, Marcel, *Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird* (München 2016).
- Fuchs-Heinritz, Werner; König, Alexandra, Pierre Bourdieu. Eine Einführung (Konstanz, München 2011).
- Geisberger, Tamara, Geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsunterschiede, in: *Statistische Nachrichten* 7 (2007) 633-642.
- Geisberger, Tamara, Verdienststrukturerhebung 2010. Entwicklung und Struktur der Löhne und Gehälter im Produktions- und Dienstleistungsbereich, in: *Statistische Nachrichten* 9 (2012) 669-681.
- Geisberger, Tamara, Verdienststrukturerhebung 2014. Hauptergebnisse zur Entwicklung und Struktur der Löhne und Gehälter im Produktions- und Dienstleistungsbereich, in: *Statistische Nachrichten* 10 (2016) 736-749.
- Geisberger, Tamara, Ausmaß und Struktur der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich 2010, in: *Statistische Nachrichten* 7 (2013) 544-558.
- Glocker, Christian; Horvath, Thomas; Mayrhofer, Christine; Rocha-Akis, Silvia, Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich, in: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg., 2014) 249-292.
- Goos, Maarten; Manning, Alan; Salomons, Anna, Explaining Job Polarization in Europe: The Roles of Technology, Globalization and Institutions (= Centre for Economic Performance, The London School of Economics and Political Science, CEP Discussion Paper 1026, London 2010).
- Grünberger, Klaus; Zulehner, Christine, Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede in Österreich, in: *WIFO-Monatsberichte* 82/2 (2009) 139-150.
- Heckman, James J., The Economics of Inequality: The Value of Early Childhood Education, in: *American Educator* 1 (2011) 31-47.
- Heckman, James J., Promoting Social Mobility, in: *Boston Review* (2012).
- Heckman, James J.; Pinto, R.; Savelyev, P., Understanding the mechanisms through which an influential early childhood program boosted adult outcomes, in: *American Economic Review* 103/6 (2013) 2052-2086.
- Horvath, Thomas; Huemer, Ulrike; Kratena, Kurt; Mahringer, Helmut, Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2010 bis 2016 (= WIFO-Studie im Auftrag des Arbeitsmarktservice Österreich, Wien 2012).
- Humer, Stefan; Moser, Mathias; Schnetzer, Matthias, Bequests and the Accumulation of Wealth in the Eurozone (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 149, Wien 2016).
- Klimont, Jeannette; Klotz, Johannes, Lebenserwartung in Gesundheit nach Bundesland, Geburtsland und Schulbildung. Auswertungen aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2014, in: *Statistische Nachrichten* 9 (2016) 664-669.
- Klotz, Johannes, Soziale Unterschiede in der Sterblichkeit. Bildungsspezifische Sterbetafeln 2001/2002, in: *Statistische Nachrichten* 4 (2007) 296-311.
- Knittler, Käthe, Intergenerationale Bildungsmobilität: Bildungsstruktur junger Erwachsener

- im Alter von 15 bis 34 Jahren im Vergleich mit jener ihrer Eltern, in: *Statistische Nachrichten* 4 (2011) 252-266.
- Knittler, Käthe, Atypische Beschäftigung im Jahr 2013, in: *Statistische Nachrichten* 5 (2014) 374-380.
- Knittler, Käthe; Stadler, Bettina, Atypische Beschäftigung während der Krise nach soziodemographischen Merkmalen, in: *Statistische Nachrichten* 7 (2012) 476-495.
- Kreckel, Reinhard (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten* (= Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen 1983).
- Krenz, Astrid, Theorie und Empirie über den Wirkungszusammenhang zwischen sozialer Herkunft, kulturellem und sozialem Kapital, Bildung und Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland (= SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 128, DIW, Berlin 2008).
- Lavoie, Marc, *Post-Keynesian Economics: New Foundations* (Northampton, MA, und Cheltenham 2014).
- Mesch, Michael, Der Berufs- und Branchenstrukturwandel der Beschäftigung in Österreich 1991-2012 (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 140, Wien 2015).
- Mincer, Jacob, *Schooling, Experience, and Earnings* (New York 1974).
- Netter, Markus; Schweitzer, Tobias; Völkerer, Petra, Inwieweit wird Bildung vererbt?, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 34/4 (2008) 475-507.
- OECD, *Education at a Glance* (Paris 2012); online: http://www.oecd.org/edu/EAG%202012_e-book_EN_200912.pdf.
- OECD, *Bildung auf einen Blick 2015: OECD-Indikatoren* (Paris 2015).
- OECD, *Bildung auf einen Blick 2016: OECD-Indikatoren* (Paris 2016).
- Oesch, Daniel, *Occupational Change in Europe. How Technology and Education Transform the Job Structure* (Oxford 2013).
- Oesch, Daniel; Rodríguez Menés, Jorge, Ungrading or polarization? Occupational change in Britain, Germany, Spain and Switzerland, 1990-2008, in: *Socio-Economic Review* 9 (2011) 503-531.
- Rechnungshof, Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung gemäß Art. 1 § 8 Abs. 4 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, getrennt nach Branchen, Berufsgruppen und Funktionen für die Jahre 2012 und 2013 („Allgemeiner Einkommensbericht 2014“) (Wien 2014).
- Schneebaum, Alyssa; Rimplmaier, Bernhard; Altzinger, Wilfried, *Intergenerational Educational Persistence in Europe* (= Department of Economics Working Paper 174, WU Wien, Wien 2014).
- Schneebaum, Alyssa; Rimplmaier, Bernhard; Altzinger, Wilfried, Gender and migration background in intergenerational educational mobility, in: *Education Economics* (2015); doi: <http://dx.doi.org/10.1080/09645292.2015.1006181> (heruntergeladen am 19.5.2015).
- Schnetzer, Matthias; Altzinger, Wilfried, From rags to riches? Intergenerational transmission of income in the European Union, in: Niechoj, Torsten; et al. (Hrsg.), *Stabilising an unequal economy? Public debt, financial regulation, and income distribution* (Marburg 2011) 321-348.
- Schnetzer, Matthias; Altzinger, Wilfried, Intergenerational transmission of socioeconomic conditions in Austria in the context of European welfare regimes, in: *Momentum Quarterly. Zeitschrift für Sozialen Fortschritt* 2/3 (2013) 108-126.
- Schnitzlein, Daniel D., Wenig Chancengleichheit in Deutschland: Familienhintergrund prägt eigenen ökonomischen Erfolg, in: *DIW Wochenbericht* 4 (2013) 3-10.
- Schultz, Theodore, *The Economic Value of Education* (New York 1963).
- Sierminska, Eva; Medgyesi, Márton, *The Distribution of Wealth Between Households* (= Research Note 11/2013, European Commission, Directorate-General for Employment, Social Affairs and Inclusion, Brüssel 2013).

- Smith, Adam, *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* (London 1776).
- Spitz, Alexandra, *Technical Change, Job Tasks and Rising Educational Demands: Looking Outside the Wage Structure* (= ZEW Arbeitspapier, Mannheim 2005).
- Statistik Austria, *Systematik der Berufe – ÖISCO-08* (Wien 2011).
- Statistik Austria, *Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, 1971-2010* (Wien 2012b).
- Statistik Austria, *Arbeitskräfteerhebung 2011. Ergebnisse des Mikrozensus* (Wien 2012c).
- Weber, Andrea; Frühwirth-Schnatter, Sylvia; Pamminer, Christoph; Winter-Ebmer, Rudolf, *Mothers' Long-run Career Patterns after First Birth*, in: *Journal of the Royal Statistical Society A* 179/3 (2016) 707-725.
- Westermeier, Christian; Tiefensee, Anita; Grabka, Markus M., *Erbschaften in Europa: Wer viel verdient, bekommt am meisten*, in: *DIW Wochenbericht* 17 (2016) 375-386.
- Zeller, Margaretha, *Die neue Systematik der Berufe – ÖISCO-08*, in: *Statistische Nachrichten* 12 (2010) 1119-1125.

Zusammenfassung

Wie einschlägige empirische Studien zeigen, weist Österreich im EU-Vergleich eine mittelhohe intergenerationelle Bildungspersistenz und eine hohe intergenerationelle Einkommenspersistenz auf. Vermögen, Vermögensübertragungen und Bildungshomogamie verstärken Letztere.

Im empirischen Teil des Beitrags wird gezeigt, dass die nach Qualifikationsgrad stark divergierenden Arbeitsmarktlagen hinsichtlich Erwerbsbeteiligung, Arbeitslosigkeit und Ausmaß der Erwerbstätigkeit sowie die ebenfalls nach Qualifikationsgrad stark unterschiedlichen Veränderungen der Arbeitsmarktlagen hinsichtlich der Arbeitskräftenachfrage, der Erwerbsbeteiligung und der Arbeitslosigkeit allesamt zur intergenerationellen Einkommenspersistenz beitragen.

Die Ungleichheit der Lohn- und Gehaltseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen hat in den letzten zwei Jahrzehnten zugenommen. Und dieser Anstieg der Ungleichheit lässt sich nicht allein auf die Anteilsgewinne der Teilzeit-, der geringfügigen und der Unterjahresbeschäftigung zurückführen. Die Veränderung der Einkommenschancen erfolgte v. a. zugunsten der höher und hoch Qualifizierten in Normalarbeitsverhältnissen. Auch die Zunahme der Einkommensungleichheit verstärkte die generationenübergreifende Einkommenspersistenz.

Abstract

Empirical studies provide evidence that in Austria, compared to other EU-countries, intergenerational educational persistence is intermediate and intergenerational income persistence is high. Wealth, wealth transfers and educational homogeneity have all been factors supporting persistence of income between generations. The first section of this paper is an overview of these empirical studies and sketches theoretical foundations.

The empirical section investigates labour market conditions, such as unemployment rates, participation rates etc., and their respective developments by skill groups in Austria. It is shown that labour market conditions and developments have been contributing to intergenerational income persistence.